

4.2. Überleben im Konflikt: Wie die Gemeinde staatlichen Institutionen begegnet

Es ist sehr traurig, wenn Personen fehlen, mit denen man aufgewachsen ist oder mit denen man eine lange Zeit der Freundschaft teilt, die man kennt. Wenn man sie bergen muss, erschossen von tödlichen Kugeln, das ist hart. Aber, das gibt einem auch Kraft, um weiter zu machen. Denn man weiß, dass das Ungerechtigkeiten sind, und vor den Ungerechtigkeiten kann man nicht weglaufen. Die Ungerechtigkeiten muss man konfrontieren, man muss zeigen, dass wir diese Ungerechtigkeiten nicht teilen. Die Ungerechtigkeiten werden sich nicht immer durchsetzen, irgendwann müssen sie aufhören. Zumindest denken wir Bauern in dieser Zone das. Wenn man all diese Verbrechen sieht, die begangen werden, könnte man denken, es sei besser wegzugehen. Aber ich denke, die die verschwinden sollten, sind die, die diese Ungerechtigkeiten begehen, oder nicht? Und nicht die Leute, die Bauern, die die Opfer sind. Also, ich glaube, das ist einer der Gründe, warum wir trotz dieser Situation hier ausharren.

(J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

In diesem Unterkapitel möchte ich ebenfalls eine Auswahl von Kontaktmomenten beschreiben, die die Art und Weise illustrieren, in der – und die Richtung der Kontaktaufnahme ist hier der Unterschied zum vorherigen Kapitel – die Bewohner_innen der Friedensgemeinde den staatlichen Behörden begegnen. Offensichtlich stehen die Gemeindemitglieder dem Agieren staatlicher Institutionen nicht passiv gegenüber, sondern haben selbst eine ganze Reihe von Strategien und Praktiken entwickelt, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Ich werde in diesem Unterkapitel allerdings nicht alle Strategien und Praktiken der Friedensgemeinde thematisieren können, die für ihren Widerstand gegen die bewaffneten Akteure und für ihre Persistenz in dem Gewaltkonflikt relevant sind (Siehe hierzu bspw. Naucke 2011, 85–118; 2016, 114–19), sondern mich auf solche konzentrieren, die im Hinblick auf das Thema der Begegnung mit staatlichen Institutionen interessant sind. Dabei finden die Begegnungen zwischen den Bewohner_innen und den staatlichen Institutionen teilweise in denselben Kontexten statt, die im Kapitel 4.1 bereits beschrieben wurden. Teilweise begegnet die Friedensgemeinde den staatlichen Institutionen aber auch in Umständen, die bisher in dieser Arbeit noch nicht thematisiert wurden. Große Unterschiede sind in der Art und Weise zu erkennen, wie die Friedensgemeinde dem Staat begegnet. Auch bei den folgenden Kontaktmomenten handelt es sich, wie bereits angemerkt, nur um eine Auswahl von Begegnungen.

Begegnungen mit dem Militär während Gefechten und ‚solidarischen Kommissionen‘

Nachdem wir, B.Q. und ich, an dem Sonntagmorgen des 15.09.2013 auf unserem Rückweg aus dem Weiler La Unión den Dorf kern von San José de Apartadó passiert hatten, indem die Guerilla kurz darauf ein Gefecht begann, trafen wir, in San Josecito angekommen, auf J.E., der uns erzählte, dass in dem Weiler La Cristalina schon den ganzen Morgen gekämpft wurde. B.Q. setzte mich an dem Haus ab, in dem ich schlief. Alle hier hatten das Gefecht registriert und erkundigten sich

beunruhigt, ob noch Gemeindemitglieder im Dorfkern seien. Es war etwa 11 Uhr, angesichts meiner anhaltenden Fassungslosigkeit ob des unmittelbar erlebten Gefechtsauftaktes fiel mir nichts Besseres ein, als mir einen Kaffee zu machen, den ich vor dem Haus sitzend trank, das Ambiente auf mich wirken lassend. Die Sonne schien, eine schöne Abwechslung zum Regen der vorherigen Tage. Eine halbe Stunde war vergangen, seitdem die Guerilla begonnen hatte die Polizeistation in San José anzugreifen. Das Gefecht hielt an, der Schusswechsel war deutlich zu hören. Ich lauschte den verschiedenen Intervallen der Schussfolgen, an denen man die unterschiedlichen bewaffneten Akteure identifizieren kann, wie mir der Bauer G.T. später erklären würde. Ab mittags begannen Militärhubschrauber die Zone zu überfliegen und Hügel weiter oben in der Serranía zu beschießen. Diese brauchen etwa eine dreiviertel Stunde von der nächsten Militärbasis bis San José und kommen bei länger anhaltenden Gefechten als Unterstützung der Bodentruppen und um Verletzte bzw. Tote zu bergen.

Der Bauer A. kam vorbei, begleitet von J.C., einem Jungen im Alter von 15 Jahren. Er erzählte mir, dass auf einem Feld der Friedensgemeinde, welches auf einem an San Josecito grenzenden Hügel liegt, seit mehreren Tagen Soldat_innen campieren würden. Sie wollten unter dem Vorwand, Kochbananen zu ernten, dort hochgehen und die Soldat_innen auffordern, das Land der Gemeinde zu verlassen. Ich sagte spontan zu, sie zu begleiten, obwohl ich gleichzeitig dachte, dass es bessere Zeitpunkte geben müsste, um nach Soldat_innen zu suchen. Dass ich hier ganz offensichtlich derjenige war, der das am wenigsten beurteilen konnte, beruhigte mich diesmal nicht. Als wir den Hügel auf dem ausgetretenen und vom Regen durchweichten Lehmpfad erklommen, ging das Gefecht im Hintergrund weiter. Mich an die Worte R.A.s erinnernd bereitete ich mich gedanklich darauf vor, trotzdem überkam mich leichte Panik, als wir die Spitze des Hügels erreichten. Rechts von uns, an der Hangseite in Richtung San José, neben einer kleinen Zuckerrohrpflanzung standen drei Soldat_innen in voller Kampfmontur, mit langläufigen Gewehren, Helmen mit Sturmbrillen, camouflierten Gesichtern und einem Fernglas. Links von uns, mitten in dem Feld von Kochbananen und Kakao, lagen etwa zehn Soldat_innen in ihren Hängematten zwischen Essensresten, Militärkleidung und Kisten unbekannten Inhalts. Als sie uns sahen, griffen sie intuitiv zu ihren Waffen.

Der Bauer A. ging in aller Ruhe auf die ersten Soldat_innen, die noch in ihren Hängematten lagen, zu und forderte sie auf, ihre Hängematten abzunehmen. Die Befestigung der Hängematten würde die Pflanzen zerstören und von denen müssten die Bäuer_innen hier leben. Die Soldat_innen standen ebenso ruhig auf und nahmen ihre Hängematten ab. Er fuhr fort, die Soldat_innen darauf hinzuweisen, dass sie sich auf einem Feld der Friedensgemeinde befänden und dieses Privatbesitz sei. Er forderte sie auf, das Feld zu verlassen. Die Soldat_innen schwiegen. Wir liefen an den Soldat_innen vorbei, um die Kochbananen zu holen. A. flüsterte mir zu, dass die Soldat_innen nur wegen meiner Anwesenheit so zurückhaltend und kooperativ gewesen seien. Gerade als wir dabei waren, die Kochbananen in Säcke zu packen, intensivierte sich der Schusswechsel im Hintergrund. Wir beeilten uns zu gehen. Als wir auf dem Weg zurück wieder an den Soldat_innen vorbeikamen, lagen sie auf den unbefestigten Hängematten am Boden. A. bat sie noch darum, ihren Müll mitzunehmen und kein Kriegsmaterial zu vergessen, wenn sie gingen. Mit jedem Schritt während des Abstiegs von diesem Hügel wich meine Anspannung ein wenig. Ich fragte mich, woher sie diesen Mut nehmen. Der Junge J.C. hatte die ganze Zeit kein Wort gesagt, er war wie erstarrt. Er ist ei-

*ner der Söhne von Luis Eduardo Guerra, der bei dem Massaker in Mulatos unter Beteiligung von Soldat_innen ermordet wurde. – Am nächsten Tag waren die Soldat_innen verschwunden.*¹⁹

Wie bereits im Kapitel 4.1 dargestellt, gehört das Militär zu den staatlichen Institutionen, denen die Gemeindemitglieder in der Serranía de Abibe am regelmäßigsten begegnen. Dabei kommen, wie ich in diesem Abschnitt zeigen werde, diese Begegnungen nicht in jedem Fall für die Gemeindemitglieder überraschend. Teilweise sind es die Bewohner_innen selbst, die das Militär aufsuchen und, wie in der Vignette beschrieben, sogar Vorwände für die Begegnungen suchen. Es mag leichtsinnig erscheinen, die Soldat_innen in einem Moment aufzusuchen, während in etwa eineinhalb Kilometern Entfernung ein Gefecht stattfindet. Gleichzeitig symbolisiert diese Aktion eines der zentralen Anliegen der Friedensgemeinde, das darin besteht, dem bewaffneten Konflikt keinen Raum zu geben. An dieser Begegnung zeigt sich einerseits die heterogene Nutzung des selben geographischen Raumes durch unterschiedliche Personengruppen, wie einmal als Ort der Nahrungsmittelproduktion der Bäuer_innen und einmal als Ort kriegesischer Auseinandersetzung durch das Militär, und andererseits die Weigerung der Bäuer_innen, der kriegesischen Nutzung dieses Raumes irgendeine Art von Vorrang einzuräumen. Dabei bedroht die Präsenz der Soldat_innen in einem Feld der Friedensgemeinde die Gemeindemitglieder im doppelten Sinne: Sie steigert die Gefahr von Gefechten in diesem Feld und sie zerstört die dort angebauten Nutzpflanzen, die die Lebensgrundlage der Gemeindemitglieder sind. Der Bauer A. konfrontierte die Soldat_innen in der Vignette mit der Position der Gemeinde, indem er, um die Wirkung der Anwesenheit einer internationalen Person wissend, diese belehrte und sie aufforderte, die Hängematten abzunehmen, das Feld zu verlassen und keinen Müll bzw. kein Kriegsmaterial liegen zu lassen.

Offensichtlich sind es die konkreten Umstände dieser Kontaktmomente, die darüber entscheiden, welche Möglichkeiten der Begegnung sich den Bewohner_innen der Friedensgemeinde bieten und ob und in welcher Art und Weise die Bewohner_innen die Begegnung mit den Soldat_innen suchen bzw. gestalten. Als jemand, der fast wöchentlich die Serranía herauf- und heruntergeht, weil er in dem Weiler Mulatos wohnt, aber als Mitglied des Internen Rates regelmäßig in San Josecito sein muss, gehört der Bauer G.T. zu den Personen, die verhältnismäßig häufig auf dem Weg durch die Berge Kontakt zu bewaffneten Akteuren haben. Ich bin während all meiner Forschungsaufenthalte mit G.T. nach Mulatos gelaufen. In den Jahren 2008 sah man bspw. Patrouillen von jeweils zwei Guerilla-Kämpfer_innen regelmäßig und ganz selbstverständlich irgendwo am Wegrand hocken, die mich zunächst ziemlich erschreckten, sich aber auf Grund ihres anscheinenden Desinteresses an uns mit der Zeit unaufgeregt in das Landschaftsbild einzufügen begannen. Wesentlich beunruhigender empfand ich die Aufstiege, bei denen man keine bewaffneten Akteure sah, aber die ganze Zeit das Gefühl hatte, von ihnen gesehen zu werden. Zu diesen gehörte ein Aufstieg im Jahr 2013, bei dem auch G.T.s siebenjährige Tochter K. und sein jüngster Bruder ‚Pipe‘, 16 Jahre alt, dabei waren:

19 Diese Vignette wurde bereits als Teil eines Artikels mit dem Titel ‚Die Macht der Schwachen – Über Handlungsmöglichkeiten von Zivilpersonen in den Gewaltkonflikten Kolumbiens und Guatemalas‘ veröffentlicht (Siehe Naucke 2016).

G.T. hatte mir am Vortag des Aufstieges gesagt, ich solle um 6 Uhr morgens bereit sein, was ich nicht ernst nahm. Bei den vergangenen Aufstiegen sind wir nie so früh weggekommen und auch andere Bewohner_innen lachten nur, nachdem sie mich gefragt hatten, wann wir losgehen würden. Gegen 9 Uhr ging ich ihn suchen und er sagte mir, er müsse nur noch die Maulesel beladen. Als wir um 12 Uhr immer noch nicht weg waren, schauten mich dieselben Bewohner_innen, die am Vortag noch gelacht hatten, mit besorgtem Gesichtsausdruck an und sagten, dass uns wohl die Nacht einholen würde und wir die letzte Stunde in der Dunkelheit laufen würden müssen. Aus mangelnden Alternativen vertraute ich auf G.T.s Einschätzung von Zeit und Raum sowie seiner Fürsorge für unser aller Wohlergehen und aß meinen Proviant zum Mittagessen. Nachdem er noch etliche Kleinigkeiten erledigt hatte, u.a. mit seinem Nachbarn unter Zuhilfenahme von entblätterten Zweigen zu fechten, hielt er uns an zu gehen, schließlich seien wir ja spät dran. Wir liefen also gegen 13 Uhr los, begleitet von drei Mauleseln, die mit Säcken voll Limonade, Speiseöl, Reis, Salz, Hygieneprodukten sowie einem Kanister Benzin beladen waren. Wir kamen gut voran, was insbesondere daran lag, dass G.T. nun zur Eile mahnte. Plötzlich, etwa 30 Minuten hinter dem Weiler Buenos Aires, blieb G.T. unerwartet an einer Stelle stehen, wo sich der Wald undurchschaubar wie eine grüne Wand links und rechts vom Weg auftürmte. Er begann die Ladung eines Maulesels neu zu verschnüren, ohne dass es dazu einen offensichtlichen Anlass gab. Dabei pffte er. Dass er pffte, war an sich nicht ungewöhnlich. Ich habe ihn bei diesen Aufstiegen nach Mulatos als durchweg pfeifend in Erinnerung. Aber wie er pffte, war anders als sonst. Es war nicht die Melodie irgendeines eingängigen Vallenatos, sondern er pffte, als imitiere er das Singen eines Vogels. Einen Augenblick später war hinter der grünen Wand zur linken Seite des Weges deutlich der Hufschlag eines galoppierenden Pferdes zu vernehmen, was magisch anmutete, da in einem dicht bewachsenen Wald offensichtlich kein Pferd galoppieren kann. Dieses Geräusch hörte sich genauso an, als würden zwei, drei Personen in nassen Gummistiefeln über einen feuchten Waldboden rennen. G.T. verschnürte die Ladung des Maulesels mit einer konzentrierten Ernsthaftigkeit, die jede Möglichkeit des Nachfragens von sich zu weisen schien. Nach etwa zehn Minuten, die Ladung sah so gut verschnürt aus wie zuvor, zogen wir weiter, als sei nichts passiert.

Nachdem wir den Hügel Chontalito passiert hatten, begann es zu regnen – nicht ungewöhnlich, es war schließlich Regenzeit. Vom Wasser getränkt leuchtete der Weg aus lehmiger Erde ockerfarben. Als unerfahrener Läufer blieb ich entweder mit meinen Gummistiefeln alle paar Meter in ihm stecken oder versackte so tief in ihm, dass der nasse Lehm über den Schaft in die Gummistiefel hineinlief. Ich stand also trotz Gummistiefel im Wasser. Die Spitze Chontalitos ist wie eine Wetterscheide; hat man sie erklommen, erwarten einen nicht nur kühlere Temperaturen, sondern entweder Niederschlag, wenn während des Aufstieges zuvor die Sonne geschienen hatte, oder Sonnenschein, wenn es zuvor geregnet hatte. Diese klimatische Veränderung verstärkt den diffusen Eindruck, einen anderen Raum mit anderen Regeln und Gewohnheiten zu betreten. Ich fühle mich nirgendwo anders so weit weg von der mir mehr oder weniger vertrauten Lebenswelt, als in dem Moment, in dem ich auf dem Rücken eines Maulesels von der Spitze Chontalitos aus in dieses Mosaik von hügeligen, nuancenreichen Grüntönen hineinreite, das die Landschaft dort oben zeichnet. Plötzlich beschleunigte G.T. unerwartet seinen Schritt. Wir hatten Chontalito gerade erst überquert, da setzte er sich von uns ab, was mich überraschte. Normalerweise lassen die Bewohner_innen die Besucher_innen hier oben nicht allein herumlaufen. Die Chance sich zu verlaufen, vom Weg abzukommen oder bewaffneten Akteuren zu begegnen stehen hier gut. Vielleicht war aber genau das, einer Begegnung mit bewaffneten Akteuren vorzubeugen, der Grund, warum G.T. vorlief. Wir trafen ihn nach eineinhalb Stunden wieder, ohne dass er uns sagte, was er in der Zwischenzeit

gemacht hatte. Stattdessen fragte er uns vorwurfsvoll, warum wir so trödelten. Wir hatten zwar gar nicht getrödel, aber uns tatsächlich verzögert.

G.T. war noch nicht lange vorgelaufen. Pipe und ich bewegten uns noch durch eine Zone, die die Bewohner_innen als vermint betrachteten. Da löste sich eine Ladung von einem Maulesel. Ausgerechnet der Sack, in dem sich der Benzinkanister befand, fiel vom Maulesel, rollte einige Meter eine Böschung herunter und blieb im Gestrüpp liegen. Wir wussten beide, dass wir eh schon spät dran waren, und zu allem Überfluss fiel nun die Ladung an einer Stelle neben den Weg, an der man den Weg nicht verlassen sollte. Pipe und ich guckten uns an. Während ich mich fragte, ob das tatsächlich der Ort sein musste, an dem ich gerade sein sollte, fragte Pipe sich wahrscheinlich, ob ich tatsächlich die Person sein sollte, mit der er das erleben musste. Wir konnten das Benzin dort nicht einfach zurücklassen. Wir waren in einer Situation, in der wir gegen besseren Wissens ein gewisses Risiko eingehen würden – Alltag für die Bäuer_innen dieser Zone. Wir entschieden, den Benzinkanister mit einem Seil wieder aus der Böschung zu ziehen. Dazu nahmen wir zunächst die komplette Ladung vom Maulesel ab. Dann nahm Pipe ein Ende von einem der Seile und während ich das andere Ende des Seils festhielt, tastete er sich langsam die Böschung herunter. Als er bei dem Sack mit dem Kanister angekommen war, band er das Ende um die zugebundene Öffnung des Sackes und zog sich selbst am Seil wieder hoch. Wir gingen, soweit es die unmittelbaren Umstände zuließen, von der Böschung weg, versteckten uns halb hinter dem Maulesel und zogen den Sack mit dem Kanister wieder auf den Weg. Am Ende alles halb so schlimm. Wie sich herausstellte, sollte das Wiederbeladen des Maulesels wesentlich mehr Zeit in Anspruch nehmen als die Bergung des Kanisters. Das Mauleselbeladen gehört zu den kleinbäuerlichen Fertigkeiten, die die Grundlagen der Physik in Frage zu stellen scheinen. Ein Maulesel kann mit bis zu etwa 150 Kilogramm beladen werden, die auf zwei Säcke möglichst gleichmäßig verteilt an den beiden Seiten des Maulesels festgeschnürt werden. Ein Kleinbauer allein kann mit einem einzigen Seil die zwei 70 Kilogramm-Säcke nacheinander an den einen Maulesel binden, ohne dass sie schief am Esel hängen oder dieser aus dem Gleichgewicht gerät. Ich glaube, Pipe allein hätte den Maulesel schneller beladen als mit meiner Hilfe.

*Natürlich holte uns die Nacht ein. Die letzte halbe Stunde führte uns der regengetränkte Weg einen Abhang durch einen dichtbewachsenen Wald herunter. Kein Stern stand am Himmel, die Dunkelheit war vollkommen und Licht ein Abenteuer der Fantasie. Ich rutschte, fiel und kroch mehr als ich lief. Es blieb mir unerklärlich, wie sich die anderen auf den Beinen halten konnten. G.T. sagte mir, seit der Dämmerung eine Stunde zuvor, alle fünf Minuten, wir seien gleich da. Was sollte er auch anderes tun? Ich begann in mich hinein zu fluchen: Wie konnte ich auf die Sch**ß-Idee kommen, in irgendwelchen Bergen herumzukriechen, für die ich offensichtlich nicht gemacht war? Als ich schon nicht mehr daran glaubte, diese Dunkelheit überhaupt noch mal zu verlassen, zeichneten sich von dem matten Schein einer einzigen Glühbirne erleuchtet die Schatten mehrerer Hütten auf einer Lichtung ab. Als ich in meiner Hängematte lag und vor Wadenkrämpfen nicht einschlafen konnte, verflog mein Groll langsam. Bewunderung machte sich breit, für eine kleinbäuerliche Lebensweise, die auch ohne bewaffnete Akteure und versteckte Minen herausfordernd genug ist.*

Eine Woche nach unserem Aufstieg wurde eine Gruppe von Gemeindemitgliedern in Begleitung von Mitarbeiter_innen der *Peace Brigades International* exakt an der Stelle von einem Gefecht überrascht, an der G.T. das Gepäck erneut verschnürt hatte. Wie bereits erwähnt, gehört dies zu den größten Gefahren, in die die Bewohner_innen der Zone geraten können. Vor diesem Hintergrund fragte ich G.T. bei der nächsten Gele-

genheit, was man in einer solchen Situation am besten mache, woraufhin er mir zu erklären begann, wie man sich in einem Gefecht verhalten sollte:

Bei einem Gefecht schafft man es mehr oder weniger zu orten, von wo die Guerilla angreift. Die AK47 zum Beispiel, die klingt sehr klar. Wenn man einen Schuss davon hört, weiß man, es ist die Guerilla. Danach kommt die Antwort der Soldaten oder Polizisten. Sie leeren ihre Munition, bis sie keine mehr haben. Die M60 hört sich so an [imitiert das Geräusch einer M60]. Sie nehmen den Finger nicht vom Abzug. Dann gibt es noch die Galil. Also, man hört einen Schuss der Guerilla und danach bekommen sie zwei Minuten Dauerbeschuss. Die Guerilleros zielen auf die Soldaten mit nur einem Schuss und die Soldaten antworten mit der M60. Die Guerilla verschießt nicht einfach so ihre ganze Munition. Vielleicht müssen sie darauf aufpassen und dürfen keine verschwenden. Sie kommen, als würden sie jagen, etwa so [imitiert den Schuss eines nicht-automatischen Gewehres]. Und die anderen nicht, die anderen verschießen alles. Dann ruhen sie ein wenig aus. Während Ruhe herrscht, verändern sie ihre Position, als würden sie jagen, und plötzlich gibt die Guerilla wieder einen Schuss ab. Und danach hört man wieder den Feuerstrahl der Soldaten und Polizisten. Wenn die Sache ernst wird, dann beginnen sie Bomben zu schmeißen. Dann weiß man, dass es Verletzte oder Tote gegeben hat. Die Bomben sind dazu da die Guerilla in die Flucht zu schlagen, denn die sind gefährlicher. Mörser benutzt auch die Guerilla, wenn sie es ernst meinen mit ihrer Attacke. Uf, dann werfen sie Mörser. Der ist wie eine Bombe, die sie – ich weiß nicht – 200 oder 300 Meter weit werfen können. Den nutzt die Guerilla genauso wie das Militär den nutzt. Der ist sehr gefährlich, den nutzen sie, um Raum zu gewinnen, um voranzukommen. So ist das, man muss genau hinhören, bis man mehr oder weniger weiß, auf welcher Seite die Guerilla und auf welcher Seite das Militär ist. (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

Um sich während eines Gefechtes zu orientieren, ist man laut G.T. vor allen Dingen auf sein Gehör angewiesen. Die Bewohner_innen erkennen die Art der Waffen anhand der Geräusche, die ihre Schüsse verursachen.²⁰ Dabei wissen sie nicht nur, welche bewaffnete Gruppe welchen Waffen-Typ benutzt, sondern kennen auch deren Taktiken und Verhalten während der Gefechte, was es ihnen erlaubt zu orten, welche bewaffnete Gruppe sich wo aufhält und zu antizipieren, wie sie sich verhalten wird. Dies ist insofern relevant, weil die Gefechte offenbar unterschiedliche Dynamiken annehmen und sich verändern. Sie können sich intensivieren und in ihnen können schwerere Waffen zum Einsatz kommen. Es kann aber auch Pausen geben, während derer die bewaffneten Gruppen, insbesondere die Guerilla, ihre Positionen wechselt. Die Bäuerin A.U. erzählte mir einmal, dass es Gefechte in der Serranía gegeben habe, bei denen fünf bis sechs gut ausgebildete, erfahrene und agile Guerilleros, die die Örtlichkeiten gut kannten, ganze Militärzüge, also etwa 30 Soldat_innen über Stunden in Schach halten konnten. Weil sie permanent ihre Positionen wechselten, konnten die Soldat_innen,

20 Dasselbe gilt bspw. auch für Hubschrauber. Im Weiler Arenas Altas erzählte mir einmal eine Frau, dass sie die Hubschrauber der Polizei von denen des Militärs anhand ihrer Geräusche unterscheiden könne. Dies lag ihrer Meinung nach daran, dass erstere kleiner sind.

die häufig mit den Örtlichkeiten nicht im selben Maße vertraut sind, nicht einschätzen, wie groß die Einheit der Guerilleros war, gegen die sie kämpften. Des Weiteren wechselte die Guerilla während des Gefechtes häufiger ihre am Gefecht beteiligten und müde werdenden Kämpfer_innen gegen frische aus, um die Intensität des Gefechtes und den Druck für die müde werdenden Soldat_innen so hoch wie möglich zu halten. Genau diese Mobilität stellt aber eine weitere Gefahr für die Zivilpersonen dar, die sich gerade in der Zone bewegen. Durch die Veränderungen der Positionen sind die Gefechte nicht an einen Ort gebunden, sondern verlagern sich. Man kann das Gefecht nicht einfach umgehen, sondern muss permanent antizipieren, in welche Richtung es sich weiterentwickeln könnte, wie G.T. fortfuhr zu erklären:

Aber das ist gefährlich. Das sind Momente, wo man gut evaluieren muss, wie nah das Gefecht ist. Denn es kann sein, dass einen eine Kugel erwischt oder es kann sein, dass sie eine Bombe werfen. Und weil sie die ohne Präzision werfen, kann sie auf dich herunterkommen. Also hier muss man gut evaluieren, ob man an dem Ort bleibt, ob man sicher ist an dem Ort oder ob man sich besser bewegt, besser ein bisschen zurück geht, besser einen Ausweg sucht. Insbesondere die Soldaten beginnen wild um sich zu schießen, in alle Richtungen, ohne Präzision, ohne zu wissen, ohne überhaupt hinzuschauen, ob da Häuser sind oder ob da Zivilbevölkerung ist. Darauf nehmen sie keine Rücksicht. Sie schießen, um zu schießen. Denn wenn sie nicht schießen und ihr Kommandant sieht danach die Waffen mit der kompletten Munition, dann bekommen sie eine Sanktion. Ich glaube, dafür gibt es eine Strafe. So lange sie schießen, gibt es keine Strafe, denn sie haben ja geschossen, wenn auch blind. Das ist ein großes Risiko. (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

Die Möglichkeiten für die Bewohner_innen, in Momenten der Gefechte zu agieren, ist offenbar sehr limitiert. Trotzdem entscheiden sie selbst, ob sie abwarten, weitergehen, sich zurückziehen oder einen Umweg nehmen. G.T. betonte mehrfach, wie wichtig es sei, gut abzuwägen, da die bewaffneten Gruppen in Momenten des Gefechtes scheinbar keine Rücksicht auf die Anwesenheit von Zivilpersonen nähmen.

Aber nicht nur während der Gefechte müssen die Bewohner_innen der Region sehr vorsichtig sein, sondern auch unmittelbar nach Gefechten kann eine Begegnung mit Soldat_innen sehr unangenehm werden. So wenig sich bspw. G.T. davor fürchtet, mit Soldat_innen zu diskutieren, so sehr betont er auch, dass man genau wissen müsse, wann dazu Gelegenheit sei und wann nicht:

P.N.: Also was machst du konkret, wenn du gerade auf dem Weg nach Mulatos bist und einen Schusswechsel hörst? Mal angenommen die Auseinandersetzung ist in der Nähe und der Weg führt dort vorbei. Was machst du dann, gehst du querfeldein, nimmst du einen Umweg, was machst du?

Nein, da muss man erstmal warten. Wenn du nach Mulatos gehst und hörst, dass ein Gefecht in der Nähe ist, dann musst du vorsichtig sein und musst stehen bleiben. Eine Stunde, mindestens eine Stunde solltest du warten. Vielleicht musst du auch wieder ein wenig zurückgehen, und warten. Nach einer Stunde, mehr oder weniger nach einer Stunde, also eine Stunde, nachdem wieder Ruhe ist, kannst du weitergehen. Obwohl das weiterhin risikoreich ist, denn es könnte Tote gegeben haben, auf irgendeiner Sei-

te. Dann sind sie, die Soldaten und die Guerilleros, rasend vor Wut, weil man ihnen jemanden getötet hat. Also da muss man ganz ruhig bleiben. Da geht man ganz ruhig seinen Weg, zu seinem Haus oder wo auch immer man hin unterwegs ist. Und trotzdem kann es sein, dass sie einen belästigen. Uns haben sie in solchen Situationen schon belästigt. Die kompliziertesten in diesen Momenten, das sind die Soldaten. Die Armee versucht dich nicht vorbei zu lassen. (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

Wenn das Gefecht auf dem Weg stattfindet, auf dem man vorhat zu gehen, empfahl G.T. mindestens eine Stunde zu warten. Die an dem Gefecht beteiligten Kämpfer_innen sind, leicht nachvollziehbar, in einer extremen Stresssituation. In diesen Momenten sei eine Begegnung mit Soldat_innen unberechenbar und das einzige was einem übrig bleibe, ist selbst so ruhig wie möglich zu sein und weiterzugehen. Um mir die Komplexität solcher Situationen zu veranschaulichen, begann G.T. mir ein konkretes Ereignis zu schildern:

So etwa vor zwei Jahren gab es einen Schusswechsel, etwas oberhalb des Weilers Buenos Aires. Die Guerilla provozierte die Soldaten und lockte sie in einen Hinterhalt. Sie lockten sie heraus und das Militär verfolgte sie bis auf Chontalito hinauf. Dort war eine Bombe installiert, auf dem Weg. Die Soldaten waren noch nicht oben, da waren zehn von ihnen tot. Das war eine Bombe, mit – ich weiß nicht, wieviel Kilo – 20, 50, 100 Kilo, ich weiß es nicht. Aber wir hörten die Bombe dort in Chontalito von hier unten. Ich war noch gar nicht losgelaufen. Ich war noch hier mit den Mauleseln zugange, aber wir wussten, dass es in Chontalito ist. Ein paar Leute, die hochwollten, mussten umkehren. Eigentlich fiel mir das erst auf, als meine Frau mich fragte: ‚Und du, wo willst du eigentlich hin?‘, ‚Ah, ich geh nach Mulatos.‘, sagte ich. ‚Du gehst nach Mulatos? Sie lassen die Leute in Buenos Aires nicht durch.‘ Ich sagte ihr: ‚Nein, also bis ich nach Buenos Aires hoch bin, sind zwei Stunden vergangen. Da haben sich die Soldaten beruhigt.‘ (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

Abgesehen von der Nebensächlichkeit, dass G.T. in diesem Auszug zu erkennen gab, sich seiner eigenen Angewohnheit, nicht früh weg zu kommen, wenn er nach Mulatos möchte, bewusst zu sein, schilderte er einen extremen Zwischenfall direkt auf dem Weg nach Mulatos. Auch wenn er vor dem Loslaufen die Ausmaße nicht gekannt hatte, wusste er durch Bäuer_innen, die bereits zurückgeschickt worden waren, dass die Guerilla einen Hinterhalt an einem auch von Zivilpersonen stark frequentierten Ort gelegt hatte, an dem er vorbei musste. Er kalkulierte allerdings, dass er erst in zwei Stunden dort sein würde und ließ sich nicht abhalten trotzdem zu gehen.

Ich ging und ja, in Buenos Aires waren die Soldaten. Sie sagten: ‚Nein, nein wir lassen euch nicht durch. Für eure eigene Sicherheit ist es besser, wenn ihr umkehrt. Kehrt um und geht morgen hoch.‘ Also sagte ich ihm: ‚Gut, aber jetzt bin ich schon drei Stunden unterwegs. Die Maulesel sind müde von der Last. Wenn ich jetzt zurück gehe, dann sind das nochmal drei Stunden und morgen wird es noch anstrengender, weil die Maulesel noch müder sein werden. Ich werde nicht zurück gehen, ich gehe zu meinem Haus.‘ Ah, ich sagte noch: ‚Da bleib ich lieber hier, nehme die Lasten ab und übernachtete hier.‘ Und dann fragte ich noch: ‚Wo ist der Kommandant? Ich rede mal mit dem Kommandanten.‘ Es kamen gleich drei Kommandanten. Sie kamen entspannt und sagten: ‚Schau

mal, es ist nicht so, dass wir dich nicht vorbeilassen wollen, aber die Sache da oben ist sehr kompliziert. Habt ihr die Gefechte nicht gehört? Ich sagte: ‚Ich habe ein Gefecht gehört, dort drüben im Weiler La Unión.‘ [lacht] Ich tat so, als wüsste ich es nicht, machte den Dummen: ‚Ja, ich hörte das da bei La Unión.‘, ‚Nein, aber das war nicht in der Unión, das war hier ein Stück weiter, der Weg ist vermint‘ sagte er und: ‚Der Weg ist vermint. Wie willst du da lang? Wenn dir da was passiert, wird man uns die Verantwortung zuschieben.‘ Und da sagte ich ihnen: ‚Aber es sind doch Soldaten auf dem Weg. Das ist für mich die größte Sicherheit.‘ [lacht] Um sie ein bisschen in Verlegenheit zu bringen: ‚Für mich ist es sicherer, wenn Soldaten auf dem Weg sind.‘, ‚Nein, es gibt keine Soldaten weiter oben, weiter oben ist niemand, was es dort gibt ist die Guerilla und der Weg ist vermint.‘ Da sagte ich: ‚Na gut, das muss ich berichten, denn das ist eine gefährliche Situation, und wir sind von der Friedensgemeinde.‘ Und auf diese Weise stellte ich uns vor: ‚Wir sind von der Friedensgemeinde und gehen nach Mulatos. Und wenn solche Vorfälle passieren, dann registrieren wir gerne diese Fälle. Ich brauche also eure Namen und den des Bataillons.‘ [lacht] Und er sagte: ‚Nein, also unsere Namen geben wir euch nicht, denn wir hatten bereits genug Probleme, wenn wir unsere Namen gegeben haben.‘ Ich sagte: ‚Gut, das gebe ich so weiter, dass wir Soldaten getroffen haben, ihre Dokumente gefordert haben und sie sie uns nicht geben wollten. Sie wollten ihre Namen nicht sagen.‘ Ich ging ein Stück zurück und rief unten an: ‚Hört her, das und das passiert hier gerade.‘ Aber ich sagte ihnen das nur, um sie zu informieren, damit sie unten wussten, dass ich weiter hoch gehen werde. (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

G.T. illustriert in diesem Auszug verschiedene sprachliche Strategien, die er während der Begegnung mit Soldat_innen einsetzt, um seine unmittelbaren Interessen zu verwirklichen und die an – von Scott und Pratt beschriebenen (Vgl. 1985; 1991) – diskursiven Praktiken relativ machtmindernder Gruppen erinnern. Dazu zählt bspw. die Übertreibung der Länge des Weges oder der Müdigkeit der Maulesel. Kalkulierte er zuvor beim Maulesel-Beladen gegenüber seiner Frau noch, dass er in zwei Stunden in Buenos Aires sein werde, was bedeutet, dass er – bis er überhaupt losging – vielleicht ein und eine halbe Stunde unterwegs war, verdoppelte er gegenüber den Soldat_innen die Zeit und behauptete ihnen gegenüber, dass es drei Stunden dauern würde, um wieder hinunterzulaufen. Des Weiteren täuschte er Unwissen vor und verortete das Gefecht kurzerhand in einen anderen Weiler. Zu den sprachlichen Strategien gehört aber auch die Aneignung, Vereinnahmung und Umkehrung des Diskurses der Soldat_innen für die eigenen Zwecke. Diese legitimieren ihre Präsenz in der Regel mit der Behauptung, die Zivilpersonen schützen zu wollen, welche sich G.T. zu Nutze machte, indem er den Soldat_innen versicherte, dass ihm mit ihrer Präsenz auf dem Weg ja nichts passieren könne und er sich sicher fühle. Diese diskursive Umkehrung zeigt sich auch in der Vereinnahmung von Befugnissen. G.T. verlangt kurzerhand von den Soldat_innen, sie mögen sich ihm gegenüber ausweisen und identifizieren. Als weitere sprachliche Strategie lässt sich hier das Sprechen in mehrdeutigen Begriffen und verschieden interpretierbaren Sätzen erkennen. Diese Polysemie zeigt sich darin, dass G.T. mehrfach etwas sagte, dessen Botschaft über das Gesagte hinausging. Indem er sich indirekt als Mitglied der Friedensgemeinde vorstellte und nach den Daten der Soldat_innen fragte, deutete er

an, dass die Friedensgemeinde diesen Vorfall öffentlich anzeigen könnte, was eine ihrer zentralen Strategien gegen Übergriffe des Militärs ist. Offensichtlich verstanden die Soldat_innen diese Botschaft und weigerten sich ihre Daten zu nennen. Fast schon eine Art ‚hidden transcript‘ (Scott 1990) beinhaltet der Anruf G.T.s in San Josecito, während dem er vordergründig über die Situation informierte, aber gleichzeitig mitteilte, dass er weiter hoch gehen würde, ohne dies konkret auszusprechen. Des Weiteren halten sich die Bewohner_innen offenbar nie lange damit auf mit den einfachen Soldat_innen zu sprechen, sondern verlangen immer nach den Ranghöchsten und Befehlshabenden, um mit diesen zu diskutieren.

In diesem kreativen Einsatz verschiedener rhetorischer Mittel verband G.T. eine spielerische Lust an der Provokation – Entfernungen vergrößern, Unwissenheit vor-täuschen, Diskurse aneignen – mit der ernsthaften Sorge für seine eigene Sicherheit – Identität der Soldat_innen erfragen, andere Gemeindemitglieder über sein Vorgehen informieren. Dieses klare Bewusstsein für die ernsthaften Herausforderungen der Bewohner_innen dieser Region, verbunden mit dem Sinn für einen humorvollen Umgang mit ihnen, macht G.T. zu einem der angesehensten Führer der Gemeinde. Dass in solchen Situationen ein ausgeprägtes Gespür für die feinen Unterschiede im Umgang mit Soldat_innen notwendig ist und man ihnen nicht stur auf dieselbe Weise begegnen kann, zeigt die Fortsetzung der Anekdote, die G.T. mir erzählte:

Die Soldaten dachten, wir würden nicht weitergehen. Aber wir schnappten schnell die Maulesel und dann: ‚Gut meine Herren, bis bald!‘ und gingen hoch. Diese Leute waren erschrocken, so als ob: ‚Was? Die sind uns entwischt. Scheiße!‘ und liefen aufgeregt hin und her: ‚Was machen wir jetzt mit denen?‘ Wir nahmen den Weg nach oben, und auf dem Weg nach oben waren Spuren von vielen Soldaten. Die Typen hatten uns gesagt, weiter oben gäbe es keine Soldaten mehr. Und hier waren Spuren von Soldaten. Wir waren eine Gruppe von fünf Personen und ich sagte ihnen: ‚Was machen wir jetzt? Die Soldaten könnten uns töten. Schaut. Sie sagten, es gibt weiter oben keine Soldaten und schaut euch den Weg an.‘ Der war nieder getrampelt von Soldaten. Die anderen sagten: ‚Ah nein, du entscheidest. Wenn du zurückgehst, gehen wir auch zurück. Wenn du weiter gehst, gehen wir auch weiter.‘ Ich sagt ihnen: ‚Ist gut, einverstanden. Aber ihr wisst, dass die Sache nicht gut aussieht.‘ Wir gingen, wir gingen weiter den Berg hoch. Weiter oben fanden wir Blut, wir fanden Verbände, wir fanden Infusionen, also die leere Verpackung der Infusionen. Wir fanden Spritzen, das war für die Verletzten, denen sie erste Hilfe gaben, bevor sie sie in den Helikopter steckten und ins Krankenhaus brachten. Wir gingen weiter, als wir fast oben waren, kurz vor Chontalito, war da die Truppe. Sie organisierten gerade die Toten, da waren so acht Tote, acht tote Soldaten. Schon von weitem schrien sie: ‚Ey ihr! Wo kommt ihr her? Wo kommt ihr her? Welchen Weg habt ihr genommen?‘ Weil sie schon von weitem riefen und fragten, schwieg ich und ging langsam weiter. Ich ging ganz langsam weiter und als wir bei ihnen ankamen, sagte einer zu mir: ‚Patron, hast du Zigaretten dabei?‘ Ich sagte: ‚Nein, nein ich habe keine Zigaretten dabei.‘ ‚Warum, rauchst du nicht?‘ Ich sagte: ‚Doch, ich bin abhängig, aber ich habe sie vergessen und wir haben keine gekauft.‘ Sie sagten uns: ‚Na gut Patron, dann macht mal, aber wenn ihr die Hurensöhne der Guerilla trifft, sagt ihnen verdammt nochmal nicht, dass wir hier sind. Ihr werdet ihnen nicht sagen, dass

wir hier sind.' Ich sagte ihnen: ‚Ah nein, seid beruhigt. Schau, wir schweigen.' Das hieß, sie ließen uns einfach weitergehen und wir gingen weiter, richtig? Sie riefen uns nochmal hinterher: ‚Ihr wisst Bescheid, wenn ihr diese Hunde trifft, sagt ihnen verdammt nochmal nicht, dass wir hier sind.' ‚Ist gut', wir gingen ganz vorsichtig weiter, die Maulesel waren sehr nervös wegen der Toten am Wegrand. Klar, die Maulesel schnaubten [macht es nach], verängstigt von den Toten, die in Plastikplanen gewickelt waren. (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

Im Vergleich zu der Begegnung mit der ersten Gruppe Soldat_innen, über deren Anweisungen er sich hinwegsetzte und einfach weiterging, änderte G.T. sein Auftreten gegenüber der zweiten Gruppe Soldat_innen radikal. Die Spuren von Blut und Erste-Hilfe-Material auf dem Weg ließen ihn offenbar ahnen, dass eine weitere Begegnung mit Soldat_innen weitaus gefährlicher sein könnte und er wägte mit seinen Begleiter_innen gut ab, ob sie weitergehen sollten oder nicht. Aber auch in der Begegnung mit der zweiten Gruppe Soldat_innen zeigte G.T. mit seinem strategischen Schweigen eine weitere Strategie des kommunikativen Repertoires der Gemeindemitglieder. G.T. versuchte so lange wie möglich nicht zu antworten. Obwohl er schon von weiten angeschrien wurde, blieb er stumm. Zusätzlich beschreibt er, wie er sich sehr langsam und ruhig bewegte. Es macht den Eindruck, als wollte er so wenig wie möglich eine sprachliche und physische Resonanzfläche bieten, auf die sich die Wut und Aggression der Soldat_innen hätte richten können. Selbst als er sie erreichte und die Kommunikation nicht zu verhindern war, gab er keine Widerworte, widersprach nicht und provozierte auch nicht. Als er mir die Passage erzählte, war ‚der Schalk aus seinem Nacken gewichen', der seine vorherigen Ausführungen begleitete. Er lachte nicht mehr, war ernst und bezeichnete seine Entscheidung, weiter zu gehen, in der Retrospektive als Fehler:

Aber das Ganze, das war eine Fahrlässigkeit von uns, dass wir in dem Moment in diese Situation gegangen sind, eine Unbedachtheit.

P.N.: Warum?

Ja, weil dieser Moment sehr gefährlich ist. Und nach allem, was uns mit dem Militär passiert ist, sollten wir ihnen nicht vertrauen. Uh, es wäre möglich gewesen uns zu ermorden. Sie hätten uns umbringen können. Gut, wir haben uns vorgestellt und uns angekündigt, und alles, sogar einen Anruf gemacht und so. Trotzdem hatten wir Glück. Ich kann auch nicht sagen, dass sie uns beleidigt oder schlecht behandelt hätten. Nein, sie benahmen sich, obwohl sie die ganzen Toten da hatten. Wir gingen vorbei und waren weg. Aber da muss man sehr vorsichtig sein, das sag ich dir, da muss man sehr vorsichtig sein. Man hört das, man hört das Gefecht und dann muss man das einschätzen, ob man weiter geht oder nicht, ob man irgendetwas anderes macht, oder wie es in dem Fall besser gewesen wäre, wartet. Wenn es schon spät ist, dann lieber auf den nächsten Tag warten und nicht da reingehen. An dem Tag kamen wir bis nach Hause, aber ich glaube, wir kamen alle mit ein bisschen Durchfall an. Ja, wir gingen und kamen nach Hause ohne größere Probleme. (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

Am Ende bezeichnete G.T. es als Glück, dass diese Begegnung so glimpflich abgelaufen sei. Im Nachhinein wäre es seiner Einschätzung nach besser gewesen, länger abzuwarten und nicht weiter zu laufen.

Bei den geschilderten Kontaktmomenten handelte es sich um Gefechte, bei denen die Begegnungen mit den Soldat_innen für die Bewohner_innen der Friedensgemeinde mehr oder weniger unausweichlich waren. Es gibt aber auch Situationen, in denen die Bewohner_innen die Begegnung mit den Soldat_innen aktiv suchen, wie in dem eingangs zu diesem Abschnitt geschilderten Aufsuchen der Soldat_innen im Kochbananefeld. Ein weiterer Anlass hierzu sind häufig illegale Verhaftungen von Gemeindemitgliedern durch das Militär, also Festnahmen, die ohne Haftbefehl oder ohne dringendem Tatverdacht durchgeführt werden. In solchen Fällen organisiert die Gemeinde eine Gruppe von Personen, die das Militär aufsucht und die Freilassung der betroffenen Person fordert. Was es mit diesen, von den Gemeindemitgliedern als ‚humanitäre Kommissionen‘ bezeichneten Begegnungen auf sich hat, erklärte mir ebenfalls der Bauer G.T.:

Auf Attacken haben wir auf eine friedliche Art geantwortet, gemeinschaftlich und organisiert. Wenn jemand festgenommen wird oder das Militär jemanden bedroht, dann gehen wir auf solidarische Weise hin, schützen und begleiten ihn. Oder wenn sie jemanden getötet haben, gehen wir alle gemeinsam, und bergen ihn selbst. Wir warten nicht darauf, dass die Kriminalpolizei oder wer auch immer kommt, um das zu machen. Wir machen es selbst. Wir hatten genug Fälle, wo die Körper verwest sind. Die Tage vergingen, die Körper verwesten und die Autoritäten machten die Bergung nicht. Und jetzt, vor dem Hintergrund dieser schlechten Erfahrungen, die wir haben, haben wir entschieden nicht mehr zu warten. Wenn sie jemanden getötet haben, gehen wir sofort als Gemeinde hin, wir bergen die Leiche, bringen sie ins Krankenhaus oder begraben sie gleich, fertig. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Ich kam überhaupt nur darauf mit G.T. über dieses Thema zu sprechen, weil er selbst eine Woche vor dem Interview für eine Stunde im Dorfkern von San José de Apartadó von Militärs festgehalten worden war. Der Grund hierfür war, dass er den Anweisungen der Soldat_innen nicht Folge leistete, die seinen Namen notieren wollten. Um das zu verhindern – laut einem Urteil des Verfassungsgerichtes (Sentencia C-1024/02) darf das Militär in Konfliktregionen keine persönlichen Daten von Zivilpersonen registrieren (Vgl. Corte Constitucional 2002) – zeigte er seinen Ausweis nicht. Die Einhaltung dieses Urteils in San José de Apartadó scheint G.T. zu seinem persönlichen Projekt gemacht zu haben, jedenfalls sind eine ganze Reihe von Vorfällen bekannt, bei denen die Weigerung, seinen Ausweis vorzuzeigen, zu seiner kurzzeitigen Verhaftung führte (Vgl. Giraldo Moreno 2010, 115, 143). Er selbst erzählte mir einmal, dass er eine Zeit lang den entsprechenden Absatz des Urteils auf einem laminierten Papier in der Größe des kolumbianischen Ausweises bei sich trug und dieses, bei Kontrollen durch das Militär, anstelle seines richtigen Ausweises vorzeigte.

Ich fragte ihn, ob es überhaupt Sinne mache, mit den Militärs in solchen Situationen zu diskutieren und er erzählte mir von einer Begegnung mit Soldat_innen, die sie aufsuchten, um einen Jungen zu finden, der von den Soldat_innen verhaftet worden war. Der Junge war kein Mitglied der Friedensgemeinde, lebte aber in unmittelbarer Nachbarschaft:

An einem dieser Tage gingen wir zum Weiler Resbalosa, um einen Jungen zu suchen, den sie verhaftet hatten. Wir gingen die Militärfpade entlang. Sie hatten ihn aus Mulas mitgenommen. Sie waren in der Nacht gekommen und hatten ihn auf einen steilen Hügel gebracht. Aber schau, so steil nach oben [zeigt wie steil]. Und da gingen wir hin, mit Frauen, Männern und auch kleinen Kindern. Wir waren noch nie auf diesem Hügel gewesen, denn wir glauben, dass er vermint ist. Der ist stark von den Militärs frequentiert und außerdem produziert er nichts. Es gab vorher keinen Grund da rauf zu gehen. Aber an dem Tag, wegen des Jungen, gingen wir in einer Gruppe mit etwa 40 Personen dort hin. Wir nahmen den Hang, an der Stelle, wo die Spuren der Soldaten lang gegangen waren. (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

Wenn die Friedensgemeinde Gruppen zusammenstellt, um Personen zu suchen, dann ist die Zusammensetzung der Gruppe, wenn es nicht wie in dem im Kapitel 4.1 beschriebenen Fall, bei dem Arlen Rodrigo Salas ums Leben kam, um das Bergen eines Verletzten aus einem Gefecht geht, ein Querschnitt der Gemeinde. Mit diesen Gruppen gehen nicht nur junge Männer, sondern auch Frauen, Kinder und Alte. Eine Lehrerin der Schule danach fragend, ob das für die Kinder nicht zu gefährlich sei, erklärte mir einmal, dass sie die Kinder bewusst mitnehmen würden. Sie hielten es für wichtig, dass die Kinder lernten, in welchem konfliktiven Umfeld sie aufwachsen und welche Möglichkeiten es in diesem für sie gebe, gegenüber bewaffneten Akteuren zu agieren. Für die Kinder seien diese Gruppen ein verhältnismäßig geschützter Rahmen, in dem jene die Begegnung mit bewaffneten Gruppen erleben würden und die Möglichkeit hätten von den erfahrenen Gemeindemitgliedern zu lernen, wie man sich diesen gegenüber verhalten könne. Spätestens als Jugendliche bewegen sich auch die Kinder allein in der Region. Insgesamt wäre es für sie gefährlicher, wenn man sie zunächst vor solchen Kontaktmomenten zu bewahren versuche, so dass sie, wenn man sie davor nicht mehr bewahren könne, den bewaffneten Akteuren ohne diese Erfahrung begegnen würden. An diesem Tag ging also eine Gruppe, bestehend aus etwa 40 Alten, Erwachsenen und Kindern einen Hügel hoch, von dem sie glaubten, dass er vermint sei, weshalb sie genau den Pfaden und Spuren der Militärs folgten.

Dort gingen wir ganz langsam hinauf bis wir zu dem Militärcamp kamen. Sie hatten uns gar nicht bemerkt, obwohl wir Hunde dabei hatten, die herum rannten. Also riefen wir nach ihnen, und da kamen sie heraus. Aber da waren wir schon halb im Camp. Und als sie uns bemerkten, wurden sie wütend: ‚Was macht ihr hier? Das ist ein Militärcamp, ihr habt hier nichts zu suchen. Ihr geht sofort, ihr geht.‘ Wütend waren sie. ‚Ihr macht keinen Schritt weiter, keinen einzigen.‘ Also versammelten wir uns dort und begannen nach dem Jungen zu fragen. Einer der Soldaten sagte: ‚Ja, der Junge ist hier. Es geht ihm gut. Er ist in guten Umständen, und wenn ihr wollt, bringen wir ihn.‘ Also warteten wir dort. Wir warteten eine Stunde, wir warteten zwei Stunden, wir warteten drei Stunden. Und dann sagten wir: ‚Also gut, wie ist die Sache jetzt? Lasst ihr uns durch oder nicht? Wir haben Hunger und nicht gefrühstückt.‘ Es war schon zwei Uhr nachmittags. ‚Und ohne Mittag, schau, es gibt hier kleine Kinder.‘ Ein Soldat sagte: ‚Ja, das sehe ich auch, aber was sollen wir machen?‘ (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

Als die Bewohner_innen den Soldat_innen begegneten, wurden diese überrascht. Offensichtlich bemerkten sie die Bewohner_innen nicht, obwohl diese Hunde dabei hatten. Auf die Begleitung von Hunden wies G.T. schon einmal in der Geschichte von Arlén Rodrigo Salas hin, weil es ein wichtiges Detail für die Unterscheidung von Zivilpersonen und Kombattanten in Konfliktregionen ist. Illegale bewaffnete Akteure haben keine Hunde, da sie zu viel Aufmerksamkeit erregen. Aus anderen Konfliktregionen, wie bspw. dem guatemaltekischen Bürgerkrieg, ist sogar bekannt, dass Bewohner_innen von Gemeinden, die sich mehrere Jahre in Wäldern versteckten, bevor sie in diese Wälder zogen, zunächst ihre Hunde töteten, um nicht durch diese aufspürbar zu werden. Bei dieser Begegnung versammelten sich zunächst alle anwesenden Bewohner_innen geschlossen vor dem Militär-Camp. Es ist wichtig, dass in solchen Momenten alle Anwesenden zusammenbleiben, einerseits um einen höheren Druck aufbauen zu können und andererseits um für die Sicherheit jedes einzelnen sorgen zu können.²¹ Der Bauer A.T. hat es in einem Auszug im Kapitel 3.2 bereits gesagt: Allein erreicht man bei den Militärs nichts, sondern läuft eher Gefahr bedroht zu werden. Zusammen erreicht man mehr. Der Bauer G.T. verwies in diesem Auszug erneut auf sprachliche Strategien, die in der Begegnung mit den Soldat_innen zum Einsatz kommen. Nachdem die Soldat_innen sie mehrere Stunden hätten warten lassen, versuchten sie so etwas wie einen moralischen Druck aufzubauen, um dem Warten ein Ende zu bereiten. Sie behaupteten, die letzte Mahlzeit nicht eingenommen und nun Hunger zu haben. Mit dem zusätzlichen Verweis auf die Kinder, bezweckten die Bewohner_innen die Empathie der Soldat_innen zu provozieren und ihr Verständnis für sich zu gewinnen. Ich habe verschiedene Gemeindemitglieder in unterschiedlichen Situationen des Wartens genau dieses Argument sagen gehört, man habe die letzte Mahlzeit nicht einnehmen können. Man könnte den Eindruck haben, sie aßen vor Situationen, in denen sie voraussichtlich warten müssten, aus Prinzip nicht. Offensichtlich handelt es sich aber um ein strategisches Mittel, mit dem eine gemeinsame oder geteilte Erfahrung – in diesem Fall die des Wartens – von Soldat_innen und Bewohner_innen benannt bzw. produziert wird. Dieser Versuch eine Gemeinsamkeit zu stiften, erfüllt dabei auch die Funktion eines Tests, denn die Reaktion der Soldat_innen, also ihre Anerkennung oder Ablehnung dieser gemeinsamen Erfahrung, eröffnet oder schließt die Möglichkeit für weitere (Ver-)Handlungen. In dieser Situation fühlten sich die Bewohner_innen ermutigt, die Soldat_innen in eine weitere Diskussion zu verwickeln, wie G.T. fortfuhr zu berichten:

Und dann haben wir diese Soldaten bequatscht. Diesen Soldaten, wir sagten ihnen: ‚Warum seid ihr eigentlich hier, mit dieser Mütze und der Uniform?‘ Wir sagten: ‚Was macht eigentlich das Militär hier?‘ Und: ‚Seht ihr den Guerilleros eigentlich alles nach, was sie gemacht haben? Ihr ermordet unschuldige Bauern, Kinder und die Guerilleros, die sich ergeben und zu euch überlaufen, die nehmt ihr auf, als seien sie die besten

21 Treffen die Gemeindemitglieder während dieser ‚humanitären Kommissionen‘ auf illegale bewaffnete Gruppen, gibt es weitere Sicherheitsmaßnahmen: Bsp. werden persönliche Informationen verweigert. Die Verantwortlichen der Gruppe identifizieren sich nicht. Wenn illegale bewaffnete Gruppen fragen, wer die Verantwortlichen oder Anführer_innen der Gruppe seien, lautet die Antwort, dass alle Mitglieder der Gruppe Führer_innen seien. Und sollten einzelne Personen aus der Gruppe mitgenommen werden, begleitet die gesamte Gruppe diese Person.

Personen?` Das ist der Fall mit Samir und vielen Demobilisierten. Er sagte mir: ‚Um Gottes Willen ja, so ist es. Häufig sind wir in der Kaserne. Und dann? Dann bringen sie einen von diesen Typen. Und schau, den Flur, das Zimmer, das man gerade sauber herrichten musste, ist für einen Guerillero. So müssen wir es machen und wir sind nicht einverstanden damit.‘ (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

G.T. schilderte, dass sie in dieser Situation eine Art diskursive Doppelstrategie verfolgten, indem sie einerseits den Sinn der militärischen Präsenz hinterfragten, aber andererseits auch Themen ansprachen, um die Gunst der Soldat_innen für sich zu gewinnen. Sie suchten nun nicht mehr nur Gemeinsamkeiten in der unmittelbaren Erfahrung des Wartens, sondern in grundlegenden Positionen in dem Konflikt. Sie loteten geteilte Positionen aus, das was der Historiker White als den ‚middle ground‘ (2011) zwischen unterschiedlichen Gruppen in machtasymmetrischen Beziehungen bezeichnet. Und zielsicher trafen sie dabei den Nerv der Soldat_innen, die sich über die Behandlung demobilisierter Guerilleros ärgerten. Bei dem konkreten Fall, den G.T. ansprach, handelte es sich um die Demobilisierung von alias ‚Samir‘, Kommandant der Kompanie ‚Otoniel Álvarez‘ der 5. Front der FARC, im November 2008. Er wurde nicht nach dem zu diesem Zeitpunkt rechtlich gültigen Dekret 128/2003 demobilisiert (Vgl. Ministerio de Defensa Nacional 2003), sondern hielt sich nach seiner Demobilisierung 2008 bis ins Jahr 2013 rechtswidrig in der Einrichtung der 17. Brigade auf und stellte sein tatsächliches und vermeintliches Wissen in den Dienst des Militärs. Über Samir gibt es das Gerücht, er habe bereits als Kommandant der 5. Front heimlich für das Militär gearbeitet und Anordnungen von der 17. Brigade erhalten.²² Hatte er während seiner Zeit in der FARC die Mitglieder der Friedensgemeinde bezichtigt, mit den Paramilitärs und dem Militär zusammenzuarbeiten, beschuldigte er nach seiner Demobilisierung in den lokalen Medien die Friedensgemeinde der Zusammenarbeit mit der FARC (Siehe hierzu auch Giraldo Moreno 2010, 209–15). Eine Reihe juristischer Prozesse gegen die Friedensgemeinde stützt sich u.a. auf seine falschen Aussagen. Im Jahr 2013 kursierte das Gerücht, er sei verschwunden²³, allerdings trat er im Jahr 2015 mit weite-

22 Sollte das Gerücht wahr sein, würde es bedeuten, dass die Rechtsverletzungen, die ‚Samir‘ als Kommandant zu verantworten hat, vom Militär geduldet oder sogar angeordnet gewesen sein könnten.

23 Über alias ‚Samir‘ und das Gerücht seines Verschwindens hatte ich im Jahr 2013 einen kurzen, aber aufschlussreichen Austausch mit Juan Carlos Palau, einem Forscher der *Fundación Ideas para la Paz*, ein von Unternehmer_innen gegründeter Think-Tank in Bogotá:

J.C.P.: Der Prozess der Friedensgemeinde wurde sehr verunglimpft, weißt du. Nach diesem Massaker, der Präsident Uribe hasste diesen Prozess [der Friedensgemeinde] bis auf die Eingeweide. Es gab diesen Typen der FARC, der heißt Samir, den haben wir mal interviewt. Der Typ wohnte in der 17. Brigade, ich weiß nicht, ob er noch da ist...

P.N.: Man sagt, er sei vor drei Monaten verschwunden. Nur auf lokaler Ebene im Urabá hat die Presse darüber berichtet. Man weiß nichts Genaues...

J.C.P.: Wahrscheinlich ist er in Lebensgefahr, er muss wohl untergetaucht sein...

P.N.: Einige Leute in der Zone sagen hinter vorgehaltener Hand, dass das Militär selbst ihn verschwinden lassen hat. Aber das sind nur Gerüchte, nicht mehr...

J.C.P.: Diese Art Gerüchte bewahrheiten sich am Ende immer. Wie auch immer, wir sind jedenfalls hingefahren, um ihn zu interviewen, denn wir machten gerade eine Arbeit über das Programm ‚Vermittler des Friedens‘. Das war eine Erfindung von Uribe. Wir fuhren hin und mir war das alles zuwider. Erstens lebte er in der Kaserne. Zweitens wohnte er mit Familie in einem Haus, das sie

ren Anschuldigungen gegen die Friedensgemeinde wieder in Erscheinung (Vgl. Giraldo Moreno 2017, 152). Jedenfalls nutzte G.T. dessen Geschichte, um die Soldat_innen für sich zu gewinnen, Vertrauen zu schaffen und so das Anliegen der Gemeindemitglieder voranzutreiben:

Weil wir die ganze Zeit warten mussten, redeten wir mit ihnen. Und am Ende sagte er: ‚Schaut her Leute, in zehn Minuten....‘ Er sagte: ‚Ihr macht hier keinen Schritt weiter, aber wenn in zehn Minuten nicht der Kommandant kommt, gehe ich zur Seite. Das ist auch nicht in Ordnung, euch hier so warten zu lassen. Ich gehe zur Seite und ihr geht durch.‘ Das sagte er, schau, das waren zwei Soldaten: ‚Wir machen den Weg frei, damit ihr durchkönnt.‘ Wirklich! ‚Ihr habt Recht und es ist so, wie ihr sagt. Es ist die Wahrheit. Ich habe diese Uniform an, und ich habe hier dieses Gewehr, denn ich habe keine anderen Optionen. Ich habe Kinder, denen muss ich was zu essen geben, denen muss ich Schulbildung bezahlen, und darum bin ich hier. Korruption gibt es zu Genüge, die Menschen sind schlecht.‘ Denen haben wir so richtig zugesetzt, nachdem wir die Angst verloren hatten. Wir haben sie richtig zugequatscht und mit ihnen geredet, mit diesen Typen, es waren zwei. Zwei von diesen großen Angsteinflößenden. Aber ey, höflich, sehr höflich. Aber es war erst nach einer Weile, dass sie sehr höflich wurden. Und ungelogen, als noch zwei Minuten fehlten bis die zehn Minuten um waren, schrie er: ‚Entweder kommt jetzt jemand oder ich gehe hier weg!‘ Und da kam der Leutnant. Und der Leutnant kam noch angefressener. Da bekamen sich an diesem Tag diese Typen in die Haare, denn der Leutnant kam und sagte: ‚Also, wir haben hier keinen Gefangenen, wir haben hier keine Person. Und deshalb geht ihr sofort hier weg, denn das ist ein Camp der Armee. Und deshalb habt ihr hier nichts zu suchen. Ihr geht.‘ Wir sagten: ‚Gut, wir machen das so öffentlich. Wir haben internationale Begleitung hier. Die Soldaten sagten uns die ganze Zeit, dass ihr ihn habt und jetzt kommen Sie und sagen, ihr habt ihn nicht. Das wird genauso öffentlich gemacht.‘ Und da begann plötzlich der Soldat: ‚Aber, wie das? Das ist nicht gerecht.‘, schrie er den Leutnant an. P.N.: Er schrie den Leutnant an?

Ja, den Leutnant. Das verwandelte sich in eine Diskussion, in einen Streit zwischen

ihm extra gebaut hatten. Und drittens erzählte er uns, wie das alles lief. Der Befehlshabende der 17. Brigade, ich erinnere mich gerade nicht mehr an den Namen, kontaktierte ihn und begann mit ihm zu sprechen. Er demobilisierte sich mit einem ganzen Arsenal an Waffen. Eines Tages gab er ein Radio-Interview, in dem er die Friedensgemeinde beschuldigte. Scheinbar hörte Uribe das. Er rief ihn an und sagte ihm: „Du bist mein ‚Vermittler des Friedens.‘“ Warum? Weil Uribe die Friedensgemeinde hasst. Er versteht die Neutralität nicht. Das sind für ihn alles Guerilleros. Und der Typ nährte die Vision von Uribe. Er behauptete, dass die Friedensgemeinde ein Produkt der Guerilla ist und sie enge Verbindungen miteinander haben. Er selbst sagte uns das so: „Als Uribe mich im Radio sprechen hörte, rief er mich sofort an und ernannte mich zu einem ‚Vermittler des Friedens.‘“ (Juan Carlos Palau – Fundación Ideas para la Paz, 24.09.2013, Bogotá)

Als ein von Unternehmer_innen finanzierter Think-Tank ist die *Fundación Ideas para la Paz* frei von subversiven Verdächtigungen. Wie auch die Soldat_innen im Gespräch mit G.T., finden ihre Forscher_innen die rechtswidrige Demobilisierung ehemaliger FARC-Kommandeur_innen empörend. Darüber hinaus aber traut Juan Carlos Palau dem Militär auch zu, diesen ehemaligen FARC-Kommandeur gewaltsam verschwunden lassen zu haben.

ihnen. Aber einen Streit, ha... Wir kamen da hin, und sie bekamen sich in die Haare [lacht]. (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

Aus dieser Darstellung G.T.s lässt sich herauslesen, dass auch die diskursiven Strategien dosiert und prozesshaft eingesetzt werden. Während es zunächst darum ging, eine gemeinsame Erfahrung von Soldat_innen und Gemeindemitgliedern in der Situation anzuerkennen und dann geteilte Positionen zu identifizieren, versuchten die Bewohner_innen, nachdem sie ihre Angst verloren hatten, mit größerem Nachdruck, die Soldat_innen für ihr konkretes Anliegen zu gewinnen. Laut dieser Darstellung gelang ihnen das nicht nur, sondern die Soldat_innen erkannten sogar an, dass es nicht in Ordnung sei, wie die Bäuer_innen behandelt würden und warben aber gleichzeitig um Verständnis für ihre Position. Was sich in dieser Begegnung beobachten lässt, ist eine unerwartete Annäherung zwischen zwei Akteuren, die während der Mehrheit ihrer Begegnungen keine Gemeinsamkeiten wahrnehmen oder konstruieren. Diese Annäherung wird von den Gemeindemitgliedern mit sprachlichen Strategien erzeugt, nicht um nachhaltige Allianzen zu knüpfen, sondern um ihre konkreten Interessen und Anliegen zu verfolgen. Zu dieser Annäherung trägt natürlich der Umstand bei, dass die meisten einfachen Soldat_innen aus ähnlich benachteiligten sozio-ökonomischen Hintergründen kamen. Sie waren professionelle Soldat_innen geworden, weil sie selbst keine Optionen sahen auf andere Weise ihren Kindern Essen und Schulbildung zu ermöglichen. Die Annäherung war, laut G.T., zumindest so groß, dass sich die Soldat_innen mit ihrem Vorgesetzten zu streiten begannen, als dieser leugnete, dass sie den Jungen gefangen hielten. Letztendlich verhinderte die Position des Leutnants aber, dass die Gemeindemitglieder ihr Anliegen realisieren konnten. Den Jungen, wegen den sie das Militär-Camp aufgesucht hatten, bekamen sie weder zu Gesicht noch konnten sie ihn mitnehmen:

P.N.: Aber übergaben sie euch den Jungen?

Nein, nein, ich sagte ja, der Leutnant kam und stritt alles ab: ‚Wir haben hier keinen Gefangenen, wir haben niemanden festgenommen. Ich weiß von nichts. Aber ihr geht jetzt.‘ So war das, ganz einfach.

P.N.: Sie haben ihn nicht herausgerückt? Was habt ihr dann gemacht?

Wir gingen zurück und machten es öffentlich. Den Jungen überzeugten sie bei einem Demobilisierungsplan mitzumachen. Sie behaupteten, er sei ein Kollaborateur der Guerilla. Vielleicht hat er ihnen ein, zwei Mal geholfen, jedenfalls akzeptierte er es. Sie nahmen ihn mit, dann schickten sie ihn nach Bogotá, und so nach zwei Monaten kam er wieder. Er ist wieder im Weiler Resbalosa, da ist er. (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

Während die Bewohner_innen der Friedensgemeinde diese illegale Verhaftung öffentlich anzeigten, überzeugte das Militär den Jungen anscheinend, ähnlich der bereits im Kapitel 4.1 geschilderte Weise, sich in einem Demobilisierungsprogramm einzuschreiben. Auch wenn die Bewohner_innen der Friedensgemeinde ihr Ziel während dieser Kommission nicht erreichten, zeigt sich in dieser Episode trotzdem, dass sie die Konfrontation mit dem Militär nicht scheuen, und illustriert, wie sie die Konfrontation gestalten. Angesichts der Erfahrungen, die die Gemeindemitglieder mit dem Militär

gemacht haben, stellt sich die Frage, woher sie den Mut für diese direkte Konfrontation und provokative Diskussion nehmen. Gerade vor dem Hintergrund seiner kurzen Verhaftung eine Woche zuvor, fragte ich G.T. abschließend, ob er nicht Angst in solchen Momenten habe:

P.N.: Aber, jetzt sag mal ehrlich, wie ist das mit der Angst in diesen Momenten? Hast du keine? Ich meine, sie haben dich letzte Woche für eine Stunde festgehalten. Und hattest du keine Angst?

Ah, ja! Doch. Es gibt viele Momente, die einem Angst machen. Aber dann verliert man die Angst wieder.

P.N.: Aber, warum? Was passiert da?

Na, ich glaube, weil man sich nichts zu Schulden kommen lassen hat. Man ist frei von Problemen und hat trotzdem Angst. Und das macht einen auch wütend. Denn so erfährt man die Ungerechtigkeit. All die Dinge, die sie mit den Leuten machen und die sie mit einem machen, das sind die Momente, in denen man die Angst verliert und man anfängt zu kämpfen [lacht].

P.N.: Also ist es Wut, ist die Wut stärker?

Man muss kämpfen. Zum Beispiel, die beiden Jungs, mit denen ich letzte Woche unterwegs war: Sie gaben ihre Ausweise und sahen, wie ihre Namen notiert wurden, obwohl sie wissen, dass wir als Gemeinde das Recht haben zu fordern, wie jeder Bürger in Kolumbien das Recht hat zu fordern, dass sie uns nicht registrieren. Sie forderten das nicht ein.

P.N.: Weil sie es nicht wussten?

Doch, die wissen das, die haben eine Ausbildung, sie haben das Wissen. Das war in einem Moment, als wir uns kurz getrennt haben, weil ich ein paar Sachen in einem Laden kaufen wollte. Diesen Moment nutzten die Militärs aus und riefen sie ran. Aber sie widersetzten sich hier nicht. Danach kam ich an die Reihe. ‚Hey komm mal her Patron!‘ und was weiß ich. Ah ja, also gut, jetzt ging es also um mich. Ich kann es nicht leiden, das ist eine Sache, die mich so erzürnt, wenn ein Polizist oder ein Soldat meine Daten in irgendein Notizbuch schreibt. Da werde ich wütend, das stört mich, das stört mich richtig. Also muss man hier kämpfen [lacht], trotz Angst, ja. (G.T., 17.09.2013, San José de Apartadó)

Genauso wie die Gemeindemitglieder ein ausgeprägtes Gespür für die Situationen und Soldat_innen haben, in denen und mit denen sich Diskussionen lohnen, so haben offenbar auch die Soldat_innen ein Gespür dafür, welche Bewohner_innen sich während der Begegnung mit ihnen weniger wehren werden. Laut G.T. ist es die Empörung über das erfahrene Unrecht, die ihn motiviert, die Soldat_innen zu konfrontieren und mit ihnen zu diskutieren. Diese Empörung bildet ein Gegengewicht zur Angst, die er selbstverständlich in diesen Situationen empfindet.

Wie in diesem Abschnitt gezeigt, gehen die Gemeindemitglieder Begegnungen mit dem Militär nicht aus dem Weg, in vielen Fällen suchen sie diese direkt, wie bspw. bei den sogenannten ‚humanitären Kommissionen‘. Ihre Möglichkeiten zu agieren, hängen stark vom konkreten Kontaktmoment ab und variieren. Unabhängig davon, ob es sich um ein Gefecht, eine zufällige oder gezielte Begegnung handelt, für die Konfrontation greifen die Gemeindemitglieder vor allen Dingen auf ein breites Repertoire an sprach-

lichen und diskursiven Strategien zurück, wie bspw. Übertreibungen, mehrdeutiges Sprechen, Vortäuschen von Unwissen, Schweigen oder aber die diskursive Konstruktion gemeinsamer Erfahrungen und geteilter Positionen (Vgl. Pratt 1991; Scott 1985; White 2011). Diese Strategien verfolgen immer konkrete Anliegen und Interessen, für deren Erfolg es nicht nur notwendig, sondern auch existenziell ist, die feinen Unterschiede der Kontaktmomente und Begegnungen zu erkennen, Folgen und Konsequenzen des eigenen Agierens zu antizipieren und daraufhin angemessene Entscheidungen zu treffen.

Kontaktlose Beziehungen

So wie jeder bewusste Bruch einer Regel immer auch ihre Bestätigung ist, so ist irgendwie auch der bewusste ‚Abbruch‘ der Beziehungen seitens der Gemeindemitglieder zu staatlichen Institutionen eine Form des Kontaktes. In der absichtlichen Abwesenheit der Friedensgemeinde in einigen Kontexten, wie bspw. dem juristischen Feld, zeigt sich die subtile Präsenz ihrer politischen Position quasi ex negativo. In der gezielten Verweigerung gewisser staatlicher Programme und Initiativen, wie bspw. der Sozialprogramme und des Opfergesetzes, liegt auch immer eine Form der Begegnung. Es gibt eine ganze Reihe von Momenten, in denen sich die Bewohner_innen der Friedensgemeinde verweigern, Kontakt meiden oder nicht präsent sind, und die gerade dadurch zu Kontaktmomenten werden. Es gibt aber auch andere Momente, in denen die Bewohner_innen der Friedensgemeinde staatlichen Institutionen trotz des Kontaktabbruchs begegnen, die zeigen, dass es sich bei diesem ‚Bruch‘ eher um eine symbolische Form der Kommunikation handelt. Ich möchte im Folgenden Momente der Verweigerung thematisieren, aber insbesondere auch aufzeigen, wie die Gemeindemitglieder den Kontakt zu staatlichen Institutionen trotz des Kontaktabbruchs aufrechterhalten.

Zu den Momenten der Verweigerung zählt bspw. die für die Mitglieder der Friedensgemeinde selbstverständliche Weigerung, Wehrdienst zu leisten, die ich hier nur kurz erwähnen möchte. Zur Wehrdienstverweigerung erklärte mir der Bauer J.S.:

Die Gemeinde leistet keinen Wehrdienst. Und jeden Jugendlichen, den sie dazu zwingen, Wehrdienst zu leisten, holt die Gemeinde dort raus. Wenn er selbst die Entscheidung trifft, Wehrdienst zu leisten, dann ist es eine andere Sache. Dann soll er die Gemeinde verlassen und dann ist es seine Entscheidung. Aber die Gemeinde selbst leistet keinen Wehrdienst. (J.S., 08.04.2008, San José de Apartadó – La Unión)

Der 18monatige Wehrdienst ist in Kolumbien für alle jungen Männer verpflichtend und wird mit dem Erhalt eines Militärausweises, der sogenannten ‚libreta militar‘, bestätigt, deren Besitz eine Zugangsvoraussetzung für Arbeitsplätze bei allen öffentlichen, aber auch vielen privaten Arbeitgeber_innen ist. Befreit vom Wehrdienst sind staatlich registrierte Opfer des kolumbianischen Konfliktes. Des Weiteren kann die ‚libreta militar‘ beim Militär käuflich erworben werden, bis zum Jahr 2017 für circa 450.000 kolumbianische Pesos (Vgl. El Espectador 2017c), also zu einem Preis, den nur wenige junge Männer für einen Ausweis bezahlen wollten oder konnten. Die Konsequenzen dieser Praxis sind offensichtlich: Die Söhne wohlhabender Familien kaufen sich vom Militärdienst frei, während junge Männer aus sozial schwächeren Haushalten ihn ableisten. Unter

den Kämpfer_innen in den Reihen der verschiedenen legalen und illegalen bewaffneten Akteure in Kolumbien sind Angehörige der Oberschicht kaum zu finden. Die ‚libreta militar‘ müssen Männer immer bei sich führen. Tun sie es nicht, weil sie z.B. gerade Sport machen oder als Bauern auf dem Feld arbeiten, und werden von einer Militärpatrouille kontrolliert, werden sie häufig auf der Stelle zum Wehrdienst eingezogen, auch wenn sie ihn bereits geleistet haben.²⁴

Ein anderer Moment der Weigerung zeigt sich in dem Boykott einiger Steuerzahlungen. Dies betrifft vor allen Dingen die Abgaben für das Katasteramt und die Grundsteuer, und ist mit dem heiklen Thema der Landtitulierung verbunden. Um formal Eigentümer_in eines Stück Landes in Kolumbien zu sein, müssen – wie im Kapitel 2.3 kurz erwähnt – vier Voraussetzungen erfüllt sein: Erstens bedarf es bei bereits registriertem Land eines Kaufvertrages. Bei neuerschlossenen Brachland teilt ein Ortsgericht oder eine mit der Landverteilung beauftragte staatliche Einrichtung, wie bspw. der *Incoder*, eine Berechtigung zu. Zweitens muss der Kaufvertrag oder die Bestätigung von Notaren beglaubigt werden. Drittens muss der Landbesitz im Grundbuch eingetragen und im Kataster verzeichnet werden. Und viertens müssen die Abgaben für das Katasteramt, die Grunderwerbssteuer und dann die jährliche Grundsteuer entrichtet werden und erst dann ist man rechtmäßige_r Eigentümer_in eines Stück Landes. Abgesehen von einer Reihe praktischer Hindernisse, bspw. ist das Kartenmaterial in vielen ländlichen Regionen ungenau, Flurstücke sind nicht verzeichnet oder ganze Siedlungen falsch verortet, weigert sich die Friedensgemeinde, die Grundsteuer für die circa 10% des von ihr besessenen Landes zu bezahlen, von dem sie notariell beglaubigte Kaufverträge hat und die im Kataster und Grundbuch eingetragen wurden, und trägt damit selbst dazu bei, den Legalisierungsprozess für dieses Land nicht abzuschließen. Warum die Friedensgemeinde sich weigert diese Steuern zu bezahlen, erklärte mir der gesetzliche Repräsentant der Gemeinde im Jahr 2015, der Bauer G.G., folgendermaßen:

24 Als ich bspw. an einem Samstagnachmittag im Jahr 2006 die Hochzeit eines Studienkommilitonen in einem sozial schwächeren Viertel Bogotás namens Kennedy besuchte, die in Räumlichkeiten der lokalen Gemeinde stattfand, neben denen der Gemeindefußballplatz lag, konnte ich über das Buffet aus imposant ausschauenden, aber zweifelhaft schmeckenden Kuchentürmen hinweg dabei zuschauen, wie ein Militär-LKW, der einem Vieh-Transporter glich, neben dem Sportplatz anhielt, auf dem Jugendliche gerade Fußball spielten. Von der Ladefläche sprang eine Einheit bewaffneter Soldaten ab und umstellte im Laufschrift den Sportplatz. Alle anwesenden Jugendlichen wurden mit vorgehaltenem Gewehr kontrolliert und wer im wehrfähigen Alter war und seine ‚libreta militar‘ nicht dabei hatte, wurde auf dem Vieh-Transporter verladen und sofort mitgenommen, ohne vorher seiner Familie Bescheid geben zu können. Im selben Jahr, ich lebte zu diesem Zeitpunkt im Zentrum Bogotás, stand regelmäßig einer dieser Militärtransporter mitten auf der Hauptstraße des Zentrums, der Avenida Septima, an der das Militär alle männlichen Passanten kontrollierte und sie sofort mitnahm, wenn sie ihre ‚libreta militar‘ nicht dabei hatten. Einen anderen Fall betraf einen befreundeten Musiker, der als Opfer des Konfliktes registriert ist. Er saß gerade mit seiner Band in einem Überlandbus auf dem Weg zu einem Konzert an der Atlantikküste, als sie in eine Militärkontrolle gerieten. Er hatte weder eine ‚libreta militar‘ noch eine Bescheinigung über seinen Opfer-Status dabei, weshalb er sofort eingezogen wurde und sich keine 24 Stunden später in einer Militärkaserne am anderen Ende des Landes wiederfand. Nüchtern betrachtet ist diese Praxis der Nachwuchskräftegewinnung durch das Militär eine Form von gesetzlich legitimer Zwangsrekrutierung.

Ein paar Titel haben wir, andere haben wir nicht. Was wir als Gemeinde gesagt haben, ist, dass wenn die Regierung aufhört zu töten, wenn die Regierung die Friedensgemeinde respektiert, das Leben aller Bauern dieser Region und generell in Kolumbien respektiert, dann werden wir unser Land titulieren und Grundsteuer zahlen. Aber es ist nicht gerecht, dass sie uns getötet und vertrieben haben und wir ihnen diese Steuern zahlen müssen. Diese Steuern fließen doch wieder in den Krieg. Wenn es eine Entscheidung gibt, dass diese Steuern nicht mehr in den Krieg fließen, dann bezahlen wir Steuern und titulieren. Am Ende ist es das gemeinschaftliche Leben, das wir verteidigen und dieses Land ist ein Gemeindeprojekt von allen Personen. Für einige Ländereien haben wir Kaufverträge, aber wir haben sie nicht legalisieren lassen, denn mit all der Korruption, die es bspw. im Incoder gab, wir wollten uns nicht an korrupte Institutionen wenden, die Land illegal enteignet haben und für Geld auf die Namen von Paramilitärs überschrieben haben. (G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

Ganz im Sinne Thoreaus (2004) weigern sich die Bäuer_innen der Friedensgemeinde vermeidbare Steuern zu bezahlen, solange das einzige, was sie von der Verwendung der Steuern mitbekommen, Investitionen in die Fortsetzung des bewaffneten Konfliktes sind. Die Zahlung dieser Steuern zu verweigern, ist, laut G.G., für die Friedensgemeinde aber auch eine Form zu kommunizieren, dass sie korrupte staatliche Institutionen nicht anerkennen. Damit verweist G.G. auf ein weitverbreitetes, institutionelles Problem bei Landtitulierungsprozessen: Auf Grund von Korruption und Vetternwirtschaft sind insbesondere, aber nicht ausschließlich, viele ländliche Besitztümer im Grundbuch auf Personen eingetragen, die dieses Land weder gekauft noch seit zehn Jahren bebaut haben, sondern sich auf illegale Weise angeeignet haben.²⁵ Solange die Grundsteuer nicht bezahlt wird, besteht allerdings die Gefahr, dass das Land von staatlichen Institutionen beschlagnahmt werden kann, wie G.G. fortfuhr zu erklären:

Ich glaube, das sind alles Gesetze, die nur den Reichen nützen. Das alles mit der Landrückgabe, das nehmen sie ja nicht den Großgrundbesitzern, die tausende von Hektar mit Vieh bestellen, oder den großen Paramilitärs, die das Land den Bauern genommen haben, das Land nehmen sie anderen Bauern weg. Zum Beispiel hier in der Region, sind viele Ländereien beschlagnahmt wegen nicht bezahlter Grundsteuer. Dieses Land wird zur Ware. Das ist irgendwie auch eine Kriegsstrategie, denn zuerst vertreiben und ermorden sie die Bauern, sie nehmen ihnen alles, so dass sie dann gar keine Grundsteuer mehr zahlen können und auch nicht die Legalisierung ihrer Ländereien. Und es wird noch schlimmer, zurzeit sagen sie, dass sie für das Land hier keine Titel vergeben werden, weil es zum Reservat eines Naturparks erklärt werden soll. Es scheint, als würden sie weiterhin den Bauern das Land wegnehmen wollen und sich dazu neue Strategien ausdenken, obwohl es die Verantwortung der nationalen Regierung ist, eine Agrarreform für das kolumbianische Volk und insbesondere die Bauern zu machen. (G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

25 Wie bspw. im Fall von Nubar Tuberquia im Kapitel 3.3, FN 24 beschrieben.

Der Boykott, die Grundsteuern zu zahlen²⁶, ist in der Friedensgemeinde ein zwischen den Bewohner_innen häufig und viel diskutiertes Thema, einerseits weil der Landbesitz für sie eine existenzielle Frage ist, andererseits aber auch weil es ihr generelles Verhältnis zu den staatlichen Institutionen definiert, zu denen die Gemeinde offiziell die Beziehungen abgebrochen hat. Dass es sich bei diesem ‚Abbruch‘ um eine Form symbolischer Kommunikation handelt, habe ich bereits im Kapitel 3.3 thematisiert; das zeigt sich m.E. auch in den folgenden Kontaktmomenten der Friedensgemeinde mit dem kolumbianischen Justizsystem.

Trotz dem die Friedensgemeinde im Jahr 2003 einen ‚Bruch‘ mit diesem Justizsystem erklärt hat und weder mit Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeitet noch vor der ordentlichen Gerichtsbarkeit Aussagen macht, verzichtet sie nicht auf einen minimalen Kontakt. In Form der Ausübung eines Petitionsrechtes hält sie sich einen Kommunikationskanal zu den Institutionen des kolumbianischen Justizsystems offen. Was es damit auf sich hat, wie sie der Justiz hierdurch begegnet und welche Wirkung und Funktion diese Petitionen haben, erklärten mir die beiden Menschenrechtsanwälte Jorge Molano und German Rojas, die im Kapitel 4.1 bereits zu Wort kamen:

P.N.: Was genau beinhaltet das Petitionsrecht?

J.M.: Es ist ein Rechtsmittel, das verschiedene Logiken beinhaltet, nicht wahr? Erstens, Ereignisse, die weiterhin passieren, zu Protokoll bringen, ...

G.R.: ... nicht Stillschweigen bewahren.

J.M.: Zweitens, sicherzustellen, dass die Autoritäten über die Verbrechen und die Form, wie sie begangen wurden, informiert sind, darüber wer sie ausübte, über die Verbindungen zwischen Militärs und Paramilitärs sowie ihre Komplizenschaft. Die Friedensgemeinde erklärte in der Vergangenheit auf dem formalen Rechtsweg den Strafgerichten, der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei, wie die Verantwortung der Befehlsketten aussieht. Und nicht nur der militärischen Befehlshabenden, sondern auch der zivilen Macht, die Komplizen von Verbrechen und für sie mitverantwortlich waren. Na ja, und nun [nach dem Bruch] versucht man weiterhin mit diesem Petitionsrecht, diese Verantwortlichkeiten vor den Autoritäten zu Protokoll zu bringen und von ihnen Antworten zu erhalten. Aber die Antwort, die man erhält, ist immer dieselbe: ‚Wir haben ihre Petition an die zuständigen Behörden weitergeleitet, damit sie ihre Pflichten in Übereinstimmung mit der Verfassung und dem geltenden Recht erfüllen können.‘ Das war’s. [lacht]

G.R.: Zusätzlich gibt es im Gesetz eine Figur des Bürgen. Wenn ich eine der Behörden

26 An dieser Stelle sollte vielleicht nochmal ausdrücklich betont werden, dass die Friedensgemeinde sich aus politischen Gründen weigert, diese Steuer zu zahlen. Darüber hinaus wird aus individuellen, ökonomischen Interessen die Grundsteuer in Kolumbien massiv und insbesondere auch von Großgrundbesitzer_innen hinterzogen (Vgl. Unimedios 2016; El Tiempo 2016). Der Politikwissenschaftler Francisco Guitierrez meinte dazu:

Auf das kolumbianische Land werden sowieso kaum Steuern bezahlt. Die, die Grundsteuer zahlen, sind vielleicht noch die Leute aus Bogotá oder Medellín, aber wenn du da in den Urabá schaust, da zahlt niemand seine Grundsteuer. (Francisco Gutiérrez Sanin - Politikwissenschaftler der Universidad Nacional, 18.08.2015, Bogotá)

darüber informiere, dass irgendetwas passiert, dass eine Gemeinde Opfer von Verbrechen wird, aus diesem und jenem Grund, hat die entsprechende Autorität, sei es das Präsidialamt, das Verteidigungsministerium, ein Kommandant der Streitkräfte, der Kommandant der 17. Brigade, sie haben die Pflicht, nicht zu erlauben, dass das weiterhin passiert. Mit anderen Worten im Hintergrund schafft man dadurch Verantwortlichkeiten der zivilen und militärischen Autoritäten für die Verbrechen, die gerade geschehen. Wenn ich dir Bescheid gebe, dass dort gerade Verbrechen geschehen, dass dort Personen zu Schaden kommen können, und du als Autorität nichts machst, und die Personen werden tatsächlich umgebracht, dann bist auch du verantwortlich. Es gibt dann also zwei Linien der Verantwortlichkeit. Einmal die direkte Verantwortung, weil man Komplize ist, weil man Teil der Struktur ist, die die Gemeinde eliminieren möchte. Aber es gibt auch eine Verantwortung für diese Verbrechen, wenn man sie einfach hat geschehen lassen. Das Petitionsrecht erlaubt, diese Situationen herzustellen.

P.N.: Und das widerspricht nicht dem Bruch mit der Justiz?

J.M.: Nein, weil sie sich nicht an das Justizsystem wenden, sondern direkt an den Präsidenten der Republik.

G.R.: Ja, denn ihre Strategie ist direkt mit dem Präsidenten, nicht mit irgendwem. [lacht] (Jorge Molano und German Romero - Menschenrechtsanwälte, 24.07.2015, Bogotá)

Mit dem Petitionsrecht setzt die Friedensgemeinde ein Rechtsmittel ein, dessen Adressat keine Institution des Justizsystem ist, sondern der Präsident und das Präsidialamt. Es bewirkt, dass staatliche Behörden auf unterschiedlichen Ebenen bis hin zum Präsidenten über Verbrechen durch das Militär und illegale bewaffnete Gruppen umfänglich informiert werden. Diese Petitionen beinhalten die Namen von Opfern und Daten der Verbrechen, aber auch die Truppenbewegungen und Bedrohungen durch paramilitärische Gruppen und durch Einheiten des Militärs sowie falsche Anschuldigungen und Verleumdungen von lokalen und regionalen Politiker_innen. Über die Information hinaus schaffen die Petitionen formal Verantwortlichkeiten bei den staatlichen Institutionen, die sie erhalten. Wenn Gefahr im Verzug ist und die informierten staatlichen Institutionen untätig bleiben, sind sie zumindest formal juristisch ebenfalls verantwortlich für die durch sie nicht verhinderten Verbrechen.

Die Wirkung dieses Petitionsrechtes ist zwar minimal und die Antworten der staatlichen Behörden, wie Jorge Molano andeutet, sehr unbefriedigend. In der Regel antwortet das Präsidialamt, indem es alte Antworten kopiert, die im Wesentlichen die Verantwortung und Kompetenz für die angezeigten Vorfälle zurückweisen und darüber informieren, dass die Fälle an die zuständigen Behörden weitergeleitet würden, die diese weiter bearbeiten würden (Siehe hierzu Giraldo Moreno 2010, 48–51, 66–71, 151–88). Trotzdem sind die politischen Folgen der Petitionen für die Friedensgemeinde von großer Bedeutung, wie die Anwälte fortführen zu erklären:

P.N.: Aber was sind die Effekte des Petitionsrechts?

G.R.: Wenn, dann sind es politische Effekte, keine juristischen. Es sind Effekte, die für die Friedensgemeinde eine Bedeutung im internationalen Szenario bekommen, weil sie internationale Solidarität erzeugen. Damit sie hier in Kolumbien glauben, was die Friedensgemeinde sagt, dazu braucht es häufig externe Unterstützung. Damit du die

bekommst, musst du es aber auch auf irgendeine Weise innerhalb Kolumbiens öffentlich machen. Das Petitionsrecht, genauso wie die Maßnahmen vor dem interamerikanischen Menschenrechtssystem, schafft ein Szenario, in dem es einen dünnen Faden in der Beziehung zum Staat gibt. Das Petitionsrecht zeigt im Falle der Gemeinde, dass das ordentliche Recht ein Instrument der Macht ist: Es dient dem, der sie hat, und wird instrumentalisiert gegen den, den man kontrollieren möchte. Klar, man könnte sagen, dass die 17. Brigade keine weitere Hilfe von den Vereinigten Staaten im Rahmen des Plan Colombia bekommen hat, zeigt ihre Kriminalität im ganzen Urabá, aber speziell gegen die Friedensgemeinde San José de Apartadó. Das kolumbianische Verfassungsgericht, das höchste Gericht Kolumbiens, erkennt die Friedensgemeinde als soziales und politisches Subjekt an und die Legitimität ihrer Forderungen. Aber über die Anerkennung hinaus verliert sich alles. Trotzdem, die Aufmerksamkeit, die die Friedensgemeinde dadurch bekommt, macht sie zu einer Referenz in Kolumbien zumindest hinsichtlich des Widerstandes gegen den bewaffneten Konflikt, hinsichtlich der Formen, sich im Territorium zu behaupten und darin auszuhalten. Ich glaube, die Lehre der Friedensgemeinde ist in diesem Sinne sehr wichtig. (Jorge Molano und German Romero - Menschenrechtsanwälte, 24.07.2015, Bogotá)

Für die Friedensgemeinde ist das Petitionsrecht ein Mittel, um die Verantwortung der staatlichen Behörden für die an ihr begangenen Verbrechen auf internationaler Bühne sichtbar und kommunizierbar zu machen. Staatliche Institutionen können die unterlassenen Schutz- und Hilfeleistungen nicht mit Unwissen rechtfertigen. Die Tatenlosigkeit staatlicher Behörden in Bezug auf den Schutz der Grundrechte der Friedensgemeinde lässt sich so als das benennen, was es in den Augen der Friedensgemeinde ist, eine bewusste Entscheidung, sie nicht zu schützen. Die Friedensgemeinde kann kommunizieren, dass die Tatenlosigkeit staatlicher Institutionen eine Handlung ist, weil deren Nicht-Handeln bewusste Entscheidungen vorausgehen. Die Wirkung der Petitionen zeigt sich insbesondere darin, dass es die internationale Aufmerksamkeit für die Friedensgemeinde und damit auch die Unterstützung für sie erhöht, was wiederum ihre Glaubwürdigkeit innerhalb Kolumbiens verstärkt:

P.N.: Das heißt, das Petitionsrecht ist eher als politische Strategie des Widerstandes der Friedensgemeinde relevant, und nicht so sehr als juristisches Instrument?

G.R.: Klar. Was ist wichtig für die anderen Szenarien außerhalb des Juristischen, für die Hilfe durch die internationale Gemeinschaft und Zivilgesellschaft, der Botschaften etc.? Für diese Dinge ist es sehr wichtig, dass sich die Friedensgemeinde einen institutionellen und juristischen Kanal offenhält, um Verbrechen öffentlich zu machen. Das sieht die internationale Gemeinschaft offensichtlich gerne, denn so laufen die Spielregeln, nach denen sie spielt. Nur wenn das existiert, schenken sie der Friedensgemeinde auch weiter Aufmerksamkeit. Die internationale Gemeinschaft hört ihre Forderungen besser und sieht, dass es kein verborgenes Problem von irgendjemanden ist, der irgendetwas anzeigt, das wie ein Angriff des Militärs erscheint. Nein, so ist es etwas, das wirklich passiert. Also diese Strategie, juristische Mechanismen zu nutzen, hat keinen effektiven Schutz garantiert, hat nicht die Nicht-Wiederholung garantiert, hat keine Gerechtigkeit gebracht, aber sie hat dazu beigetragen, dass sich die Friedensgemeinde bis heute hält. Wieviel? Wie groß der Anteil ist auf einer Skala von 1 bis 10? Keine

Ahnung, aber sie hilft, weil es eine Reihe von Dingen anstößt, die auf der internationalen Ebene wichtig sind, wenn auch auf der nationalen Ebene nicht.

J.M.: Ich glaube auch, dass es hinsichtlich dieser Logik wichtig war, den Rechtsstreit über das Massaker vom 21. Februar auszureizen. Dieser Rechtsstreit hat eine Wirkung entwickelt. Er hat erlaubt, dass die Ereignisse vom 21. Februar auf irgendeine Weise eine Referenz innerhalb der großen Medien bleiben. Es ist ein Mechanismus, um die Aufmerksamkeit für die Situation der Friedensgemeinde zu erhöhen.

G.R.: Es ist ein Gegendiskurs. Im Massaker vom 21. Februar konnte die kriminelle Rolle des Staates, der 17. Brigade, des Militärs, der Macht im Allgemeinen bewiesen werden. Ohne dies, wäre die Planiermaschine gegen die Gemeinde viel stärker. Ich glaube, weil es dieses Verfahren gab, kann dieser Gegendiskurs offen und öffentlich, auf nationaler und internationaler Ebene existieren. Die Wahrheit kann gesagt werden. Klar ging der Rechtsstreit nicht so aus wie erhofft, die Gemeinde ist enttäuscht, wir sind am Ende. Aber dass es diesen Gegendiskurs gibt, hilft viel, sicherlich hilft das viel. (Jorge Molano und German Romero - Menschenrechtsanwälte, 24.07.2015, Bogotá)

Mit dem Petitionsrecht haben sich die Gemeindemitglieder einen Kommunikationskanal offengelassen, den sie nutzen, um Verbrechen gegen die Friedensgemeinde öffentlich anzuzeigen, die staatlichen Behörden darüber zu informieren und in die Verantwortung miteinzubinden sowie Aufmerksamkeit und Unterstützung für ihren Fall zu generieren. Dass diese Strategie zu funktionieren scheint, bestätigten mir in anderen Interviewzusammenhängen auch Mitarbeiter_innen unterschiedlicher Forschungseinrichtungen und internationaler Organisationen, wie bspw. jeweils ein Mitarbeiter des CINEP und des UNHCR:

Die Anzeigen der Friedensgemeinde und die von Javier Giraldo erschienen in vielen Fällen übertrieben. Aber die Realität hat gezeigt, dass sie untertrieben waren. Bei vielen Massakern im Urabá sagten die Leute: ‚Nein das nicht, jetzt übertreiben sie wirklich. Das ist zu viel.‘ Und Jahre später, als die Staatsanwaltschaft sich endlich einschaltete und die Geschichte aufdeckte, war sie häufig viel schlimmer, als es behauptet wurde. Denn eine Sache, in die Giraldo genauso insistiert wie wir, ist die Rigorosität im Umgang mit den Daten. (Fernán González – CINEP, 26.07.2013, Bogotá)

Ich glaube, diese Bekanntmachungen der Friedensgemeinde zeigen, dass man den Frieden nicht erreichen wird, ohne daran zu erinnern, was geschehen ist und ohne Gerechtigkeit zu schaffen für das, was geschehen ist. Damit, dass sie konstant öffentlich machen, was passiert, erinnern sie alle Sphären des kolumbianischen Staates daran. (C.M. – Mitarbeiter UNHCR-Regionalbüro Apartadó, 04.09.2013, Apartadó)

Trotz des ‚Bruchs‘ mit dem staatlichen Justizsystem begegnet die Friedensgemeinde den staatlichen Behörden im juristischen Feld. Zwar ohne deren zentralen Aufgaben oder Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen und ohne juristische Konsequenzen für die angezeigten Straftaten zu erlangen, aber mit politischen Folgen, die für die Friedensgemeinde (inter-)nationale Aufmerksamkeit und Unterstützung schaffen und die die involvierten staatlichen Institutionen immerhin moralisch kompromittieren. Damit

eignen sie sich auch hier ein staatliches juristisches Mittel an, geben diesem allerdings einen eigenen Zweck und setzen es für ihre eigenen Interessen ein.

Nicht exakt genauso, aber ganz ähnlich agiert die Friedensgemeinde bezüglich ihres ‚Bruchs mit dem kolumbianischen Staat‘ im Allgemeinen. Wie im Kapitel 3.3 bereits kurz erwähnt, hat die Friedensgemeinde vier Bedingungen für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit dem ‚Staat‘ formuliert und behält sich so die Möglichkeit offen, jederzeit in Kommunikation mit seinen Behörden zu treten. Diese vier Bedingungen stellen so etwas wie Mindestvoraussetzungen für Gespräche dar, deren Notwendigkeit der Bauer J.E. folgendermaßen begründete:

So lange diese Regierung und dieser Staat uns Zivilbevölkerung auf diese Weise behandelt, werden wir sie nicht anerkennen. Wir werden das Spiel eines kriminellen Staates nicht mitspielen. Wir werden nicht mit staatlichen Institutionen dasitzen, die verdorben sind von Ungerechtigkeiten. Erst wenn wir vom Staat sehen, dass es Gerechtigkeit für die Verbrechen gibt, dann werden wir wieder an diesen Staat glauben. Solange das nicht der Fall ist, solange diese Regierung sagt, dass sie die Zivilbevölkerung nicht respektieren wird, solange haben wir nichts mit dieser Regierung zu besprechen. Denn wir, die Friedensgemeinde gehören zur Zivilbevölkerung. Und wenn der Staat sagt, er wird uns nicht respektieren, wozu sollten wir uns hinsetzen? Worüber werden wir reden? Wenn sie uns weiter umbringen, ins Gefängnis stecken und diese Anzahl von Verbrechen antun, über was werden wir mit dieser Regierung sprechen? Solange es eine Regierung gibt, die sich nicht dazu verpflichtet die Zivilbevölkerung zu respektieren, solange gibt es nichts zu besprechen. (J.E., 20.03.2008, San José de Apartadó)

Laut J.E. erkennt die Friedensgemeinde einen Staat nicht an, dessen Institutionen die Gemeindemitglieder nicht als Zivilbevölkerung anerkennen. Die Formulierung der vier Bedingungen, die ich sofort ausführen werde, bringt bemerkenswerterweise die staatlichen Institutionen in die Situation, lediglich auf die Forderungen der Friedensgemeinde reagieren zu können. Egal, wie sich die staatlichen Institutionen verhalten – die Friedensgemeinde hat nicht nur faktisch die Regeln der Begegnung festgelegt, sondern auch die Kompetenz, Regeln festzulegen, angenommen und damit in gewisser Weise die Rolle mit staatlichen Institutionen getauscht. Dadurch reduziert sie die Machtasymmetrie der ‚Staat-Gemeinde-Beziehung‘. Worin die Bedingungen bestehen, erklärte mir der Bauer G.T. wie folgt:

Wir haben den Kontakt mit der Regierung unterbrochen und vier Punkte formuliert, um wieder mit ihr zu sprechen. Der erste war die Widerrufung der Deklarationen des Präsidenten Uribe, in denen er über die Medien die Gemeinde als Guerilla und als Unterstützerin der Guerilla bezeichnet hat. Der erste Punkt ist dieser Widerruf. Ein zweiter Punkt war, dass man den Polizeiposten und die Präsenz der öffentlichen Streitkräfte im Dorfkern von San José evaluiert, ob er überhaupt notwendig ist und den Vorschriften entspricht. Ein dritter Punkt war die Zusammenstellung einer Kommission zur Evaluierung der Justiz, denn die Mehrheit der Massaker und Morde blieb straffrei. Das war eine dritte Bedingung. Und der vierte Punkt war, dass man die humanitären Zonen respektiert, die wir in jedem Weiler haben, wie bspw. die Schulen. Die Schulen der Weiler haben wir zu humanitären Zonen deklariert, wo sich die Leute zusammenfinden kön-

nen, in dem Moment eines Gefechtes oder Bombardements. Die Leute sollen sich dort zusammenfinden können und dieser Ort sollte respektiert werden, von der Guerilla genauso wie vom Militär. Was sagte die Regierung dazu? Nichts. Also das waren vier Bedingungen, die wir stellten, um uns wieder mit der Regierung an einen Tisch zu setzen. Die Regierung wollte das in den letzten Jahren nicht akzeptieren bis zu diesem Jahr, als das Verfassungsgericht ein Urteil fällte, in dem es von der Regierung forderte, sich mit der Gemeinde hinzusetzen und diese Punkte anzuschauen. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Die vier Forderungen sind aus der Perspektive der Friedensgemeinde leicht nachzuvollziehen. Bemerkenswert ist, dass das kolumbianische Verfassungsgericht diese Forderungen unterstützt. Tatsächlich fällte es im Jahr 2007 ein Urteil (Sentencia T-1025/07) und im Jahr 2012 formulierte es eine Anordnung (Auto 164/12), in denen die kolumbianische Regierung aufgefordert wurde, die Forderungen der Friedensgemeinde zu erfüllen (Vgl. Corte Constitucional 2012). Die Symbolhaftigkeit des Beziehungsabbruches zeigt sich erneut während dieser Prozesse: Bei den Verhandlungen und Urteilsverkündungen des Verfassungsgerichtes waren Gemeindemitglieder durchweg anwesend, nahmen unmittelbar teil und standen im direkten Kontakt mit den betreffenden Behörden. Wie die staatlichen Institutionen auf dieses Urteil und die Anordnung des Verfassungsgerichts reagierten, das fuhr der Bauer G.T. gleich fort zu erzählen:

P.N.: Und gibt es etwas, das auf die Erfüllung der Forderungen hindeutet?

Ein paar Sachen sind passiert, aber man sieht auch wie. Zum Beispiel die Sache mit dem Widerruf. Das Innenministerium bestimmte tatsächlich ein Datum für diesen Widerruf. Den ersten Termin strichen sie. Danach machten sie einen zweiten. Den sagten sie wieder ab. Sie machten einen dritten Termin, und der fand wirklich statt. Also fuhren wir hin. Die Bedingung, die die Gemeinde gestellt hat, war dass der Widerruf vom Präsidenten gemacht wird, denn schließlich war es ein Präsident, Uribe, der die Gemeinde verleumdet hatte. Also sagten wir, dann sollte es Präsident Santos sein, der den Widerruf macht. Das Innenministerium sagte uns, ja, er wird da sein. Wir fuhren, 32 Personen der Gemeinde fuhren nach Bogotá. Als wir ankamen, teilten sie uns mit, dass Santos nicht dabei sein würde. Da sagten wir, na gut, dann sind wir auch nicht dabei. Da wurden sie wütend, weil wir da nicht mitmachten. Der Innenminister verlas den Widerruf, aber er machte es ohne die Anwesenheit der Friedensgemeinde. Das ging natürlich durch die Medien. Einige gaben Santos Recht, einige gaben uns Recht, es wurden viele Sachen gesagt. Wie auch immer, wir sind nicht hingegangen. Wir machten eine Pressekonferenz am Rande und erklärten, warum wir dort nicht anwesend waren. (G.T., 11.08.2013, San José de Apartadó)

Dieser aus der Perspektive der Friedensgemeinde gescheiterte Widerruf, den ich bereits im Kapitel 3.3 kurz erwähnt habe, illustriert in meinen Augen beispielhaft die Versuche der Friedensgemeinde die Machtasymmetrie gegenüber staatlichen Institutionen zu minimieren, indem sie Befugnisse und Verhältnisse umkehrt. Die Gemeinde weigerte sich, an einer Veranstaltung teilzunehmen, die nicht ihren Bedingungen entsprach, die vom Verfassungsgericht in einem Urteil unterstützt wurden. Stattdessen organisierte sie parallel eine Pressekonferenz, um die Gründe für ihr Fernbleiben zu erklären. In Vor-

bereitung dieser gemeinsamen Veranstaltung gab es eine enge Zusammenarbeit zwischen Gemeindemitgliedern und Funktionär_innen des Innenministeriums. Trotzdem unterließ die Gemeinde in dem Moment ihre Teilnahme, als sie das Gefühl bekam von staatlichen Behörden vorgeführt und nicht ernst genommen zu werden. Diese Episode zeigt ziemlich deutlich, dass die Friedensgemeinde zwar einerseits weiterhin offen ist für die direkte Auseinandersetzung mit staatlichen Institutionen, dies aber andererseits nicht unter allen Umständen tut, und insbesondere dann nicht, wenn sie den Eindruck bekommt für medienwirksame Einzelereignisse von staatlichen Institutionen instrumentalisiert zu werden, die nicht den vereinbarten Bedingungen entsprechen. In diesem Sinne ist die Friedensgemeinde tatsächlich radikal. Sie verlangte, dass sich die staatlichen Behörden an die Urteile und Anordnungen des Verfassungsgerichtes halten und sahen diese weder durch einen Widerruf des Innenministers noch durch eine spätere Entschuldigung des Präsidenten im Dezember 2013 vollkommen erfüllt, die ohne ihr Beisein stattfand.²⁷

Auch die Anwälte betonten im Gespräch über diesen gescheiterten Widerruf ausdrücklich, dass die Forderungen der Friedensgemeinde vom Verfassungsgericht unterstützt wurden, sich die Politik und das Militär allerdings über deren Urteile hinwegsetzten:

J.M.: Die Entscheidungen, die die Gemeinde getroffen hat, zählen auf eine juristische Anerkennung und Unterstützung, nicht wahr? Das Verfassungsgericht hat ein Urteil gefällt, in dem es den staatlichen Autoritäten anordnet, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Dialogs zwischen der Gemeinde und dem Staat zu ergreifen, und in seiner Begründung Folgendes sagt: Es gibt genug Gründe dafür, dass die Gemeinde miss-trauisch ist. Es sagte dem Staat, dass er es sei, der Zeichen und Beweise geben müsse, die der Gemeinde das Vertrauen gäben, wieder mit ihm zu sprechen. Die Gemeinde hat Folgendes vorgeschlagen: ‚Wir werden nicht mit euch sprechen und den Dialog solange nicht wieder aufnehmen, bis ein paar grundlegende Maßnahmen getroffen wurden.‘ Dazu zählt, dass eine Kommission zur Evaluierung der Justiz eingesetzt wird, dass der Präsident die Anschuldigungen gegen die Gemeinde widerruft, und dass die Polizeistation aus San José abgezogen wird. Das Gericht nimmt diese Elemente der Gemeinde auf und fällt sein Urteil. Am Ende wird eine Kommission gegründet, die sich einrichtet, aber nichts macht. Es gibt einen Widerruf, aber ohne Einverständnis oder Abstimmung mit der Gemeinde, ohne sie richtig in Kenntnis zu setzen und am Ende

27 Wie schon im Kapitel 3.3 ausgeführt, entschuldigte sich im Dezember 2013 Präsident Santos bei einer öffentlichen Rede für die Stigmatisierungen der Friedensgemeinde durch seinen Vorgänger Uribe. Obwohl die Anordnung des Verfassungsgerichts vorschrieb, dass eine solche Entschuldigung mit der Gemeinde koordiniert werden muss, wurde sie weder darüber informiert noch war sie zu der Rede eingeladen. Trotzdem bewerteten die Gemeindemitglieder die Anerkennung begangenen Unrechts und die Entschuldigung dafür durch den Präsidenten als positiv, auch wenn sie Zweifel darüber äußerten, ob dies allein zukünftige Verbrechen vorzubeugen vermöge. Denn während der Präsident Santos sich in dieser Rede am 10. Dezember in Bogotá für die Stigmatisierung der Friedensgemeinde entschuldigte, fuhr der Kommandant der 17. Brigade gleichzeitig damit fort, die Gemeindemitglieder der Zusammenarbeit mit der FARC zu beschuldigen (Vgl. Burnyeat 2018, 156-157).

ohne ihre Anwesenheit. Und das Thema, die Militärbasis oder die Polizeistation abzu-
ziehen, wird einfach verneint. Also was hier spürbar wird, ist, dass es eine juristische
Instanz gibt, die Anordnungen diktiert, aber dass sich die militärische Instanz darüber
hinwegsetzt, die Anordnungen nicht erfüllt werden und nichts passiert. (Jorge Molano
und German Romero - Menschenrechtsanwälte, 24.07.2015, Bogotá)

Staatliche Institutionen agieren gegenüber der Bevölkerung nicht nur in Konfliktregionen auf eine Weise, die von der impliziten Annahme ausgeht, sie hätten einen selbstverständlichen Anspruch auf einen Vertrauensvorschuss von Seiten der Bevölkerung allein deshalb, weil sie staatliche Institutionen sind. Diese Annahme, die einer ganzen Reihe von politischen Theorien, Praktiken und Institutionen zu Grunde liegt und bspw. auch das Selbstverständnis von Friedensprozessen und -maßnahmen zu kennzeichnen scheint, bezeichnet Taussig als ‚Staatsfetischismus‘ (Vgl. 1992). Er beschreibt mit Staatsfetischismus eine Aura der Macht, die sich allein auf die normativen Staatsdefinitionen Webers und Hegels stützt, laut denen der ‚Staat‘ das Monopol über die legitime Anwendung von Gewalt auf seinem Territorium besitzt und seine bürokratischen Formen und Prozesse die staatliche Verkörperung der Vernunft darstellen (Vgl. Taussig 1992, 111–12, 115). Diese Aura der Macht rechtfertigt staatliches Handeln a priori, ohne dass sich die Legitimität der Gewaltanwendung und die Vernunft bürokratischer Abläufe im staatlichen Handeln de facto erst beweisen müssen. Insbesondere bei Politiker_innen und Politikgestalter_innen, die in der Regel Teil staatlicher Institutionen sind, aber auch bei Theoretiker_innen von Staat und Staatlichkeit, produziert dieser ‚Staatsfetischismus‘ eine Art Glaube daran, dass staatliche Institutionen immer im Sinne des öffentlichen Interesses seiner Bevölkerung agieren würden und ein Garant für deren Sicherheit und Frieden sind, was das uneingeschränkte Vertrauen in diese rechtfertige.

Bemerkenswert an diesem Fall ist nicht, dass die Bewohner_innen der Friedensgemeinde diesen Vertrauensvorschuss auf Grund ihrer Erfahrungen mit staatlichen Institutionen verweigern, sondern dass der oberste Gerichtshof Kolumbiens als Teil der staatlichen Institutionen Kolumbiens in die Begründung eines Urteils schreibt, dass die staatlichen Behörden kein Vertrauen von der Friedensgemeinde erwarten dürfen. Wie in einer Umkehrung von Ansprüchen werden staatliche Institutionen dazu aufgefordert, Zeichen und Beweise zu liefern, die ein Vertrauen der Friedensgemeinde in den ‚Staat‘ rechtfertigen könnten. Dass das Verfassungsgericht als eine staatliche Institution, die mit ihren Urteilen die Friedensgemeinde unterstützt, einen beängstigend begrenzten Einfluss hat, zeigt sich darin, dass die militärischen und politischen Entscheidungsträger_innen die Forderungen der Friedensgemeinde, die das Verfassungsgericht als solche Vertrauen schaffenden Maßnahmen anerkannte, nur halbherzig, unvollständig und auf eine Weise, die nicht der Vertrauensschaffung dient, erfüllt haben. Kommissionen, die einberufen wurden, arbeiteten nicht, der angekündigte Widerruf wurde mit der Friedensgemeinde nur ungenügend abgestimmt, die Evaluierung der Polizeistation nicht einmal in Erwägung gezogen.

Die in diesem Abschnitt thematisierten Begegnungen zwischen Gemeindemitgliedern und staatlichen Institutionen zeigen, dass der sogenannte ‚Abbruch‘ der Beziehungen zum Justizsystem und zum ‚Staat‘ ein symbolischer Ausdruck für die bestehende Beziehung ist. Dieser symbolische ‚Bruch‘ erlaubt es der Friedensgemeinde Verantwort-

lichkeiten für Verbrechen sichtbar und kommunizierbar zu machen, Forderungen an staatliche Institutionen zu stellen, die (inter-)nationale Öffentlichkeit zu erreichen und Solidarität zu mobilisieren sowie implizite staatliche Ansprüche umzukehren. Die Kontakte und Kanäle von der Friedensgemeinde zu staatlichen Institutionen sind divers und vielfältig. Sie eignen sich Rechtsmittel an, wie das Petitionsrecht, oder Urteile des Verfassungsgerichtes, erweitern deren Zweck und nutzen sie kreativ, um ihre eigene Interessen zu verfolgen und den Handlungsdruck staatlicher Institutionen zu erhöhen. Es scheint, als würde die Friedensgemeinde, wie schon bei den direkten Begegnungen mit dem Militär, auch diese institutionellen Begegnungen mit dem Justizsystem, dem Präsidialamt oder den Ministerien als eine Möglichkeit nutzen, um ihre Positionen gegenüber den staatlichen Institutionen zu verhandeln und die dieser Beziehung immanente Machtasymmetrie zu reduzieren und zu nivellieren.

Zivile Diplomatie

Eine weitere Begegnung zwischen der Friedensgemeinde und staatlichen Institutionen findet über den indirekten Weg internationaler Solidarität statt. Wie bereits im Kapitel 3.1 dargestellt entstand die Friedensgemeinde nicht nur zu einem Zeitpunkt und in einem Kontext, in denen die Menschenrechte und das Humanitäre Völkerrecht für die Anliegen der Bevölkerung in den Konfliktregionen Kolumbiens mobilisiert wurden (Vgl. Aparicio 2012, 266–67), sondern die Entwicklung der Friedensgemeinde ist bis in die Gegenwart sehr eng verbunden mit einer stetig gewachsenen Unterstützung durch internationale Solidaritätsnetzwerke. Diese Unterstützung begann mit der *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz*, die im Jahr 1997 der Friedensgemeinde ihre eigenen Kontakte zu internationalen Organisationen zur Verfügung stellte, zwischen diesen und der Friedensgemeinde vermittelte, Treffen organisierte, die Idee der Friedensgemeinde (inter-)national bekannt machte und internationale Begleitung in Form der *Peace Brigades International*, von denen die *Comisión* selbst seit 1994 begleitet wurde, mit nach San José de Apartadó brachte (Vgl. Burnyeat 2018, 82). Über die Jahre hat sich daraus ein für Außenstehende schwer zu überschauendes (inter-)nationales Netzwerk aus Menschenrechtsorganisationen, Gemeindeparterschaften, Diplomaten_innen, Parlamentarier_innen, Akademiker_innen entwickelt, die zu einer hohen internationalen Sichtbarkeit der Friedensgemeinde beitragen.

Über diese internationale Solidarität findet eine indirekte Begegnung mit staatlichen Institutionen statt, bei der die Friedensgemeinde so etwas wie eine Drittwirkung über Nicht-Regierungsorganisationen, Gemeindeparterschaften und Einzelpersonen aus dem Ausland entwickelt (Vgl. Mijangos y González 2007). Da die Friedensgemeinde sehr erfolgreich internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung für ihre Anliegen generiert, wird diese internationale Solidarität zu einem Kontext, in dem die staatlichen Institutionen der Friedensgemeinde durch Dritte begegnen. Die staatlichen Institutionen werden von diesen Dritten auf die Friedensgemeinde angesprochen, zur Einhaltung grundlegender Rechte ihrer Bewohner_innen aufgefordert und an die Aufklärung der Verbrechen erinnert, die gegen die Bewohner_innen der Friedensgemeinde begangen wurden. Die Friedensgemeinde begegnet den staatlichen Institutionen hier in Form einer immer wiederkehrenden Referenz in einem internationalen Narrativ,

dass die Einhaltung der Menschenrechte und die Aufklärung von deren Verletzungen in der Friedensgemeinde zum Gegenstand hat. Alle Gemeindemitglieder, mit denen ich in den vergangenen Jahren gesprochen habe, sind sich dieser Wirkung bewusst, schätzen die internationale Solidarität sehr wert und betonen die existenzielle Bedeutung, die sie für die Friedensgemeinde hat, wie die folgenden Beispiele illustrieren:

Die internationale Solidarität ist eine sehr schöne Unterstützung, die die Friedensgemeinde hat. Wir müssen das so sagen: Wir müssen dankbar sein, denn wegen ihr überleben wir. Wenn es sie nicht gäbe, dann wäre die Gemeinde schon vor vielen Tagen am Ende gewesen. Deshalb glauben wir mehr in die internationale Gemeinschaft als in unsere Regierung. (B.Q., 09.04.2008, San José de Apartadó – La Unión)

Die internationale Solidarität ist für uns sehr wichtig, denn sie erlaubt es uns, uns zu halten. Ich glaube, die internationale Begleitung ist für uns vital, denn ohne sie, hätten sie uns schon fertig gemacht. Mit ihr muss die Regierung zweimal darüber nachdenken, ob sie eine Aktion gegen die Gemeinde macht. Das war sehr wichtig für uns, sehr wichtig. (M.B., 12.08.2013, San José de Apartadó)

Gut, ich glaube für uns als Gemeinde ist die internationale Hilfe und die solidarischen Menschen, die uns besuchen und die den Prozess der Friedensgemeinde untersuchen, ich glaube, das ist es, was uns wirklich erlaubt hat uns zu halten. Durch diese Strategie, durch diese internationalen Organisationen, die internationalen Leute, die kommen und die Geschichte der Friedensgemeinde kennenlernen und sie erzählen, die dabei helfen ökonomische Unterstützung zu bekommen, sei es der Handel mit Kakao, sei es Geld um Gemeinschaftsland zu kaufen, das hat uns erlaubt, uns als Friedensgemeinde zu halten. Ich würde sagen, das Interesse, welches viele Personen in der Welt haben, insbesondere internationale, so wie du, der in diesem Moment bei uns ist und mit mir dasitzt, wissen wollend, was die Konsequenzen dieses Konfliktes für uns sind, ich glaube, das ist eine der wichtigsten Errungenschaften, die wir als Friedensgemeinde erreicht haben. Und wir sind dankbar dafür. Wir danken allen Leuten, die sich unserem Schmerz angeschlossen haben, uns nicht allein lassen, die sich mit uns den Bauern und der Friedensgemeinde verbunden haben. Ich glaube, das ist fast ein spirituelles Thema, denn es gibt jedem von uns Kraft weiterzumachen. Das ist etwas sehr Wichtiges, auf das wir als Friedensgemeinde bauen. (G.G., 14.08.2015, San José de Apartadó)

Die Friedensgemeinde hat es geschafft, auch im inner-kolumbianischen Vergleich mit anderen ländlichen Gemeinschaften in Konfliktregionen, eine bemerkenswert weite internationale Öffentlichkeit zu erreichen. Das zeigt sich an verschiedenen internationalen Auszeichnungen, die die Gemeinde erhielt, wie bspw. im Jahr 2007 den Aachener Friedenspreis, oder an der Präsenz von drei internationalen Organisationen, die sich auf die professionelle Begleitung von bedrohten Menschenrechtsaktivist_innen spezialisiert haben, wie die bereits mehrfach erwähnten *Peace Brigades International*, das *Fellowship of Reconciliation* und die *Palomas* der *Gemeinschaft Papst Johannes XXIII*. Diese internationale Aufmerksamkeit ist die Voraussetzung dafür, dass eine indirekte Begegnung mit staatlichen Institutionen bzw. die besagte Drittwirkung entstehen kann. Wie die-

ser hohe internationale Zuspruch zu Stande kommt, dazu gab mir der Anwalt Jorge Molano Folgendes zu bedenken:

P.N.: In der Friedensgemeinde gibt es drei verschiedene Begleitorganisationen und an anderen Orten, an denen vielleicht auch eine internationale Begleitung hilfreich wäre, gibt es das nicht. Warum?

J.M.: Ich glaube, das hat mit dem hohen Ausmaß zu tun, dass sie mit der Verbreitung und Veröffentlichung der Verbrechen, die an ihnen begangen wurden, erreicht haben, nicht wahr? Ich glaube die Tatsache, dass einige ihrer Führer regelmäßig Touren ins Ausland machen, ist in dieser Hinsicht sehr wichtig. Denn sie geben dort Zeugnisse ihres Lebens ab, sie bringen dort ihre Geschichten hin. Ich glaube, diese Kombination aus dem bürgerlichen Charakter ihrer Erzählungen mit dieser Form der Öffentlichkeitsarbeit ist sehr wichtig und hat erlaubt viele Orte und Sektoren zu erreichen. Und dann natürlich das Niveau der Verbrechen, deren Opfer San José wurde, das hat natürlich auch viel internationale Begleitung generiert. Und das zusammen mit der Fähigkeit, die Probleme öffentlich zu machen und zur Kenntnis zu bringen hat, dazu geführt, dass andere Gemeinden nicht mit diesem Maß an internationaler Begleitung rechnen können. (Jorge Molano - Menschenrechtsanwalt, 24.07.2015, Bogotá)

Ein Teil der Strategie der Friedensgemeinde, die internationale Solidarität zu generieren, besteht in den Reisen, die einige Führer_innen der Gemeinde ins Ausland unternehmen. So fährt bspw. etwa alle ein bis zwei Jahre eine Delegation der Friedensgemeinde auf Einladung unterschiedlicher Organisationen zu einem Besuch durch verschiedene Länder Europas oder in die USA. Während einer dieser Europa-Touren besuchten zwei Mitglieder des Internen Rates, der Bauer J.E. und A.T., im Oktober 2013 zwei von *Amnesty International* organisierte Veranstaltungen in Wiesbaden und Köln, bei denen ich dabei sein konnte und bei denen sich die von Jorge Molano angesprochene Mischung aus gewaltvollen Lebenserfahrungen und der besondere Charakter ihrer Erzählung durch die Gemeindemitglieder gut beobachten ließ:

In Wiesbaden traf sich das Publikum aus etwa zwei Dutzend wohlsituiert erscheinenden, aber mit Kolumbien wenig vertrauten und der spanischen Sprache nicht mächtigen älteren Herrschaften im Hinterzimmer eines mexikanischen Restaurants. In Köln traf sich das Publikum aus 60 jüngeren, studentisch erscheinenden, über Kolumbien gut informierten und überwiegend Spanisch sprechenden Lateinamerika-Interessierten in der evangelischen Lutherkirche. Einem Hinterzimmer angemessen war die Veranstaltung in Wiesbaden eine Art informelles Hintergrundgespräch, bei dem die persönlichen Erfahrungen J.E.s und A.T.s von Konflikt und Gewalt sowie die sicht- und spürbare Anteilnahme des Publikums an ihren Geschichten die zentralen und verbindenden Elemente waren. In Köln wiederum fand eine Art Podiumsdiskussion statt, bei der die strukturellen Ursachen und Bedingungen für die Konflikt- und Gewalterfahrungen der Friedensgemeinde im Zentrum der Aufmerksamkeit standen. Es handelte sich also um zwei Veranstaltungen in sehr unterschiedlichen Settings, die die beiden jedoch zu ‚lesen‘ und zu verstehen sowie auf unterschiedliche Weise zu nutzen wussten. Zum Zeitpunkt ihres Besuches waren nicht mal zwei Monate seit meinem letzten Aufenthalt in San José de Apartadó vergangen. Meine Erinnerungen an unsere Begegnungen dort waren noch frisch und meine Vorfreude darauf groß, die beiden in Deutschland zu sehen. Sie wirkten den oben beschriebenen Szenarios etwas entrückt, und zwar nicht, weil man die feinen Unterschiede ihrer sozio-kulturellen Herkunft sofort an ihrem Verhalten hätte ablesen

können, sondern weil die Temperaturen der Übergangsjahreszeit Herbst ihnen geradezu arktisch erschienen, und sie so, eingepackt in dicken Pullovern und Jacken, einem bei weitem nicht so winterlich gekleideten Publikum gegenüber saßen. Ihr Outfit wurde abgerundet von einer Art Cowboy-Hut, den ich sie in San José nie habe tragen sehen und dessen Schutz vor Kälte sicherlich begrenzt war, der aber zumindest als vage Reminiszenz an ihre kleinbäuerliche Herkunft verstanden werden konnte.

Mich berührte die Haltung, mit der sie diese Veranstaltungen gestalteten. So sehr sie allen unbekannten, äußeren Umständen mit optimistischer Gelassenheit entgegentraten, so klar und fokussiert waren sie, sobald es darum ging, ihre Botschaften an das durchaus sehr unterschiedliche Publikum zu bekommen. Dabei gelang es ihnen, eine Brücke zwischen zwei Lebensrealitäten zu schlagen, zwischen denen Welten zu liegen schienen. So wie sie sich in anderen Kontexten, bspw. beim Treffen auf Militärs, deren Motive und Narrative aneignen und bemächtigten, so gingen ihnen auf diesen Amnesty-International-Veranstaltungen die Schlagwörter des internationalen Menschenrechtsdiskurs munter von den Lippen. Damit reduzierten sie die komplexe Realität des sozio-politischen Konfliktes in der Serranía de Abibe auf dichotome Beziehungen zwischen ihnen und den bewaffneten Gruppen sowie auf einfache Erklärungen seiner Ursachen und Wirkungen, aber ihre Botschaften waren insbesondere für das Wiesbadener Publikum leicht verständlich, wenn auch schwer verdaulich. Beeindruckend war ihr zuvorkommendes Gespür für die Bedürfnisse ihrer Zuhörerschaft, das sich bspw. darin zeigte, dass sie dem von ihren Geschichten sichtlich mitgenommenen älteren Herrschaften in Wiesbaden am Ende der Veranstaltung anboten, ihrer Betroffenheit Raum zu geben, indem sie alle Anwesenden aufforderten einen Kreis zu bilden, sich an den Händen zu fassen und eine Schweigeminute für die Opfer der Friedensgemeinde einzulegen. Das mutete etwas skurril an und schien eher dem guten Gefühl des Publikums zu dienen als ein Bedürfnis der beiden zu sein, obwohl es keinen Zweifel gab, dass sie ihren Toten dabei ernsthaft gedachten. Auf diesen Punkt wurde bei der wesentlich strukturanalytischeren Veranstaltung in Köln allerdings verzichtet, obwohl die Schweigeminute zu dem Ort der Lutherkirche wohl besser gepasst hätte.

Die Klarheit des Anliegens verbunden mit der spielerischen Kreativität in der Begegnung habe ich schon bei G.T.s Kontakten mit dem Militär erwähnt. Ihre Bauernschläue im bestmöglichen Sinne des Wortes im Kontakt mit den europäischen Kolumbien-Interessierten war natürlich auch hier kein Selbstzweck, sondern diente konkreten Zielen, über die ich mit dem Bauern A.T. in Köln ins Gespräch kam:

P.N.: Was ist die Idee dieser Reise? Warum fahrt ihr nach Europa, in all die Städte weit entfernt von der Gemeinde? Was verspricht ihr euch davon? Magst du mir ein bisschen davon erzählen?

Na gut, die Idee zu dieser Rundreise entstand, nachdem wir zwei Einladungen erhalten haben: Eine Einladung nach Italien, wo der Gemeinde eine Anerkennung als Ehrenbürgerin verliehen werden soll, und eine Einladung zu einer Veranstaltung in der Schweiz. Wir dachten, dass wir die beiden Einladungen nutzen sollten, um darum eine Reise durch mehrere Städte in Europa zu machen. Na, und grundlegend ist die Idee solcher Reisen zu teilen, was in der Region passiert, wo die Friedensgemeinde liegt. Das zentrale Ziel ist es, öffentlich zu machen, was in Fragen der Menschenrechte und ihrer Verletzungen in den letzten Wochen passiert ist, die sich in Vertreibungen, Morden und Bedrohungen zeigen. Wir wollen unsere Anwesenheit nutzen, um auf Angriffe

gegen die Friedensgemeinde, aber auch gegen andere Bauern in der Region aufmerksam zu machen. Darüber hinaus möchten wir die Organisationen der internationalen Gemeinschaft darüber informieren, auf welche Weise der Staat die Gesetze, Mandate, Verfassungsanordnungen und die Verfassung selbst mit Füßen tritt. Wir möchten die Leute besser über den Fall der Friedensgemeinde informieren, und zwar die, die bereits solidarisch mit der Gemeinde sind, aber auch die, die auf diese Weise die Möglichkeit haben, sie kennenzulernen. Die beiden Sachen sind für uns relevant, die Verletzungen der Menschenrechte öffentlich zu machen, und zu zeigen, wie die kolumbianische Regierung nicht nur die Gesetze unseres Landes, sondern auch internationale Abkommen ignoriert.

P.N.: Und glaubst du, nach deinen Eindrücken auf diesen Reisen, dass das bei den Leuten hier ankommt? Verstehen die Leute, was dort passiert und erreicht ihr somit euer Ziel?

Ja, das glaube ich. Eigentlich waren die Aktionen ausländischer Organisationen zu Gunsten der Friedensgemeinde immer sehr sichtbar. Es gab ‚urgent actions‘ zu Gunsten der Friedensgemeinde, in denen der Staat aufgefordert wurde, seine Praxis der systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen die Friedensgemeinde und in der Region einzustellen. Wir glauben, dass dieser Besuch hier in Europa mehr Solidarität zu Gunsten der Friedensgemeinde generiert, zumindest haben wir das in den letzten Tagen gespürt. Es haben sich schon einige Organisationen bewegt und gegenüber dem Staat geäußert. Andere werden es tun oder haben zugesagt, dass sie sich gegenüber der Regierung äußern und fordern werden, dass die Verfolgung der Friedensgemeinde eingestellt wird. (A.T., 31.10.2013, Köln)

Das Ziel, das die Friedensgemeinde mit diesen Reisen verfolgt, ist es, laut A.T., in erster Linie die interessierte Öffentlichkeit über deren aktuelle Situation, die an ihr begangenen Verbrechen und die Verantwortung des kolumbianischen Staates zu informieren. Dass dieses Ziel erreicht wird, zeigt sich darin, dass die Menschen und Organisationen Aktionen und Maßnahmen im Sinne der Friedensgemeinde ergreifen. Diese Maßnahmen können darin bestehen, dass sie sich in Petitionen und Briefen direkt an die Regierung in Kolumbien wenden, oder aber, dass sie sich an ihre eigene Regierung wenden und diese auffordern, sich für den Schutz der Friedensgemeinde bei der kolumbianischen Regierung einzusetzen. Zu diesem Zweck versuchen die Delegationen der Friedensgemeinde nicht nur Organisationen der Zivilgesellschaft, sondern auch Politiker_innen zu treffen, wie mir A.T. fortfuhr zu berichten:

P.N.: Und mit welcher Art Personen trifft ihr euch oder an welcher Art von Ereignissen nehmt ihr teil? Welche unterschiedlichen Organisationen besucht ihr?

Generell sind das alles Menschenrechtsorganisationen, mit denen wir solche Treffen haben. Aber wir hatten auch die Gelegenheit verschiedene Parlamentarier und Abgeordnete zu treffen und die über die Situation der Region zu informieren. Wir glauben, beide haben einen sehr positiven Effekt. Die Menschenrechtsorganisationen, die vom Staat den Schutz der Menschenrechte einfordern, ich glaube ihre Aktionen sind elementar und sehr bedeutsam. Aber wir glauben auch, dass die Diplomatie anderer Staaten, die sich an die nationale Regierung richtet, eine Form ist, sich mit der Gemeinde zu solidarisieren, auch wenn wir wissen, dass der Staat diese Aufrufe nicht beachtet.

Das hat er die letzten Jahre gezeigt. Der Staat will nicht auf die Aufrufe der Internationalen Gemeinschaft hören. (A.T., 31.10.2013, Köln)

Hier zeigt sich, wie die Friedensgemeinde staatlichen Institutionen Kolumbiens auf indirektem Wege begegnet, nämlich sowohl durch internationale Menschenrechtsorganisationen als auch durch diplomatische Kanäle der Länder, die sich dazu bereit erklären, sich für die Friedensgemeinde einzusetzen. Diese Begegnungen geschehen nicht nur indirekt, sondern auch zeitlich verzögert, und interessanterweise sind auch die Wirkungen, die diese Form der internationalen Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit laut A.T. haben, wenn überhaupt nur indirekt und zeitlich verzögert zu spüren:

P.N.: Und wie merkt man in San José den Effekt dieser Reisen? Was bekommt die Gemeinde davon mit?

Ich glaube, man muss verstehen, dass man den Effekt nicht sofort spürt. Aber mit der Zeit zeigt er sich. Zum Beispiel ist die Situation mit den Paramilitärs gerade angespannt und der Effekt dieser Reise könnte sein, dass die Paramilitärs ihre Verfolgung für eine Zeit einstellen werden, dass sie sich eine Zeitlang zurückziehen werden, wenigstens den Ort wechseln müssen und die Verfolgung der Gemeinde und der Bauern eine Zeit einstellen müssen. Oder es könnte einen Effekt auf die Aktionen der Soldaten geben. Auch die öffentlichen Streitkräfte machen Aktionen gegen die Bauern und die Zivilbevölkerung, die sich für eine Zeit beruhigen könnten. Wir glauben nicht, dass eine solche relative Ruhe lange anhält, aber sie werden wenigstens etwas unter Druck gesetzt. Danach, in sechs Monaten oder einem Jahr werden die Befehlshaber ausgewechselt. Dann kommen neue, die nichts davon wissen, was gerade passiert. Also beginnen sie wieder uns einzuschüchtern. Und deshalb muss man die Solidarität aktiv halten, und die solidarischen Gruppen animieren, weiterhin mit uns solidarisch zu sein, denn auch die Verfolgung der Gemeinde wird anhalten. Es wäre notwendig, dass diese Solidarität sich weiterhin darin zeigt, dass der Regierung geschrieben und der Regierung die Sorge seitens der Internationalen Gemeinschaft über die Friedensgemeinde zum Ausdruck gebracht wird. (A.T., 31.10.2013, Köln)

Die Wirkungen dieser indirekten Begegnungen zwischen der Friedensgemeinde und staatlichen Institutionen zeigen sich nicht nur mit zeitlicher Verzögerung, sondern sind auch zeitlich begrenzt. Sie führen dazu, dass die bewaffneten Akteure für diese Zeit ihre Aktionen einschränken und die Gemeindemitglieder mehr Handlungsspielraum haben. In dieser machtasymmetrischen Beziehung gehört die internationale Solidarität zu den Strategien, über die die im Verhältnis zu den bewaffneten Akteuren relativ machtlose Friedensgemeinde Handlungsmacht gewinnt, was mit der Idee von internationaler Begleitung für bedrohte Menschenrechtsaktivist_innen korrespondiert (Vgl. Mahony und Eguren 2002). Die Wirkung dieser Strategie hat, auf Grund von wechselnden Einheiten und Befehlshabenden, eine geringe Nachhaltigkeit und muss regelmäßig praktiziert werden. Da die Friedensgemeinde nicht immer die Gelegenheit oder Kapazität hat, Delegationen ins Ausland zu schicken, gehört zu dieser Strategie auch, Einzelpersonen und Kommissionen aus dem Ausland in die Friedensgemeinde einzuladen. Häufig sind es Kommissionen aus einer der mindestens sechs verschiedenen Gemeinden aus Europa und den USA, zu denen die Friedensgemeinde sogenannte Gemeindeparterschaft-

ten aufgebaut hat. Auf eine dieser Kommissionen traf ich während eines Aufenthaltes im Jahr 2015:

Als ich im Jahr 2015 zu meiner Forschung in der Friedensgemeinde ankam, war das Haus, das für die Übernachtung externer Besucher_innen vorgesehen war, mit einer auf den ersten Blick unüberschaubaren Anzahl sichtlich strapazierter Europäer_innen gefüllt. Auch die scheinbar nagelneuen Komplettausstattungen eines bekannten Outdoor-Bekleidungsherstellers, die einige Anwesende trugen, konnten die Anstrengungen des Aufenthalts in dieser ungewohnten Klimazone offenbar nur unzureichend kompensieren. Es stellte sich heraus, dass es sich bei dem Kern der Gruppe um die Delegation einer Gemeindepartnerschaft aus Belgien handelte, die aus zwei belgischen Gemeindemitarbeiter_innen, zwei belgischen Amnesty International Mitarbeiter_innen und zwei belgischen Journalist_innen bestand, denen sich irgendwo zwischen Flandern und Urabá noch zwei slowenische und mexikanische Journalist_innen angeschlossen hatten. Von den eng getakteten Zeitplänen offizieller Besuche gezeichnet und irgendwie auch von der eigenen Wichtigkeit überzeugt, herrschte unter den Mitgliedern dieser Delegation eine umtriebige Aufgeregtheit, die mit dem Rhythmus kleinbäuerlicher Routinen nicht zu harmonieren schien, sie aber selbst in große Unruhe versetzte. In der ersten Stunde meines Aufenthaltes bewegten sie sich mit einer Geschäftigkeit in diesem Haus, ohne dass zu erkennen war, was sie eigentlich taten. Dabei erinnerten sie sich die ganze Zeit gegenseitig daran, was sie unbedingt noch sehen und wen sie unbedingt noch interviewen wollten. Dieser Aktivismus schien es auf den entschleunigten Lauf der Zeit an diesem Ort abgesehen zu haben: Scheinbar sollte die Zeit wieder beschleunigt werden. Nachdem ich hörte, dass sie noch fünf Tage bleiben wollten, kam mir die Idee, das erste Mitglied des Internen Rates, dem ich begegnen sollte, zu fragen, ob ich mit in irgendeinen Weiler gehen konnte. Und tatsächlich, den ersten, den ich traf, war der Bauer G.T., der mich breit grinsend halb im Scherz und halb im Ernst fragte, ob ich ihn am nächsten Tag nach Mulatos begleiten wollte. Bis zu dem Aufstieg sollten noch 24 Stunden vergehen und da alle Gemeindemitglieder, mit denen ich mich gerne unterhalten hätte, gerade von Personen dieser Delegation interviewt wurden, unterhielt ich mich mit einem Mitglied dieser Delegation, welches von einem Magen-Darm-Bakterium angeschlagen in seiner Hängematte lag. D.J. hatte in seiner Funktion als Mitarbeiter der Gemeinde Westerlo die Reise dieser Delegation organisiert. Er war der ‚Berater für internationale Zusammenarbeit‘ dieser 25.000 Einwohner_innen zählenden belgischen Gemeinde und trug den wenig bescheidenen Titel seines Postens mit einem Maß an sympathischer Selbstironie, das dem Maß an verantwortungsvoller Ernsthaftigkeit in nichts nachstand, mit dem er dieses Amt ausfüllte.

Westerlo, im ländlichen Osten Antwerpens gelegen, ist eine der Gemeinden, zu der die Friedensgemeinde eine Gemeindepartnerschaft unterhält. Sie entstand im Jahr 2006 als solidarische Reaktion auf das Massaker im Weiler Mulatos und wurde von einem ehemaligen Amnesty International Mitarbeiter initiiert, der in der Gemeinde Westerlo lebt. D.J. erklärte mir die Idee dieser Partnerschaft, ihre Funktionen und Wirkungen, also das Funktionieren der internationalen Solidarität aus der Perspektive einer europäischen Partnerin der Friedensgemeinde:

P.N.: D., was beinhaltet diese Gemeindepartnerschaft zwischen Westerlo und der Friedensgemeinde?

Also das ist ein Vertrag, der von der Friedensgemeinde und dem Landkreis Westerlo unterschrieben wurde und verschiedene Ziele hat. Darunter gibt es langfristige Ziele, wie die Förderung einer Friedenskultur, die Verteidigung des Rechts auf Leben, In-

tegrität und menschliche Würde, die Verteidigung des Rechtes nicht in den bewaffneten Konflikt hineingezogen zu werden und die Verteidigung des Rechtes auf freie Versammlung und Meinungsäußerung. Als weiteres langfristiges Ziel ist da noch die Verteidigung der Rechte von Opfern auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Mit diesem Rahmenplan setzen wir uns mit der Friedensgemeinde zusammen und formulieren die kurzfristigen Ziele, wie bspw. das Anzeigen der Verletzungen der eben genannten Rechte sowie der Menschenrechte vor den internationalen, kolumbianischen und belgischen Autoritäten, die Zusammenarbeit in dem flämischen Netz für Solidarität mit Kolumbien und letztendlich die Bekanntmachung der Friedensgemeinde und ihre Allianz zu sozialen Organisationen. Das funktioniert z.B. durch die Übersetzung der Bekanntmachungen und Anzeigen, die die Friedensgemeinde schreibt und verschickt, ins Flämische. Jede Bekanntmachung der Friedensgemeinde wird ins Flämische übersetzt, was ziemlich beeindruckend ist, weil eine ganze Reihe davon verschickt werden. Und alle Anzeigen und Petitionen werden übersetzt, um sie an die staatlichen Institutionen und das Solidaritätsnetz zu schicken. (D.J. – Gemeindepартner aus Westerlo Belgien, 02.08.2015, San José de Apartadó)

Die Gemeindepартnerschaft besteht zunächst aus einem Rahmenvertrag, dessen Inhalte sich so anhören, als müssten sie vor allen Dingen den formalen Ansprüchen der belgischen Bürokratie entsprechen, der aber die Grundlage für die konkreten Maßnahmen bildet, die die Partnergemeinde in Westerlo im Sinne der Friedensgemeinde ergreift. Zu den konkreten Maßnahmen gehört es, internationale, kolumbianische und belgische Institutionen zu kontaktieren und auf die Verletzungen der Menschenrechte aufmerksam zu machen, die an der Friedensgemeinde begangen werden. Dazu übersetzt die belgische Partnergemeinde alle Informationen, die von der Friedensgemeinde an ein internationales Netz aus solidarischen Organisationen und Einzelpersonen verschickt werden. Über dieses Netz von internationalen Kontakten, über das je nach aktueller Situation, im Schnitt aber alle zwei Monate, E-Mails verschickt werden, und seine Bedeutung für die Friedensgemeinde unterhielt ich mich bereits mit A.T. während seines Besuchs in Köln, wobei er mir dessen Sinn folgendermaßen erklärte:

Ja, wir haben ein ganzes Netz an Kontakten, an die wir die Bekanntmachungen schicken. Vielleicht ist es nur ein kleines Netz, für uns ist es aber ganz schön groß. Es sind circa 9.000 Personen, die sofort die Information erhalten. Und wir wissen, dass viele von ihnen die Information an ihre Freunde und ihre Organisationen weiterleiten. Und das ist das Wichtige daran. Es ist aber nicht nur wichtig, dass diese Informationen veröffentlicht werden und dass die Organisationen sie weiterleiten und auf ihren Seiten veröffentlichen, sondern auch dass viele dieser Organisationen sich auf solidarische Art und Weise mit der Gemeinde äußern. Viele dieser Organisationen beschwerten sich bei der nationalen Regierung über diese Verbrechen. Wenn es sich um konkrete Verbrechen handelt, adressieren viele Leute direkt die Regierung und machen Aktionen für und in Solidarität mit der Gemeinde. (A.T., 31.10.2013, Köln)

Die Friedensgemeinde verfügt über ein Kontaktnetzwerk, darunter Nicht-Regierungsorganisationen, Parlamentarier_innen, Journalist_innen, Akademiker_innen, die in dem Moment eine Drittwirkung entfalten, in dem sie ihre und die kolumbianische Regie-

rung kontaktieren und sich für die Friedensgemeinde einsetzen. Mit dem Übersetzen und Weiterleiten dieser E-Mails sowie dem Verfassen eigener Protestbriefe, die sie an internationale, kolumbianische und belgische Institutionen schicken, begegnet die Gemeindepартnerin in Westerlo verschiedenen staatlichen Institutionen in Kolumbien stellvertretend für die Friedensgemeinde. Die Funktion und Wirkung dieser Solidaritätsarbeit, die D.J. selbst als ‚zivile Diplomatie‘ bezeichnet, unterteilte er in drei Bereiche, die er mir im Verlauf des Interviews erklärte:

Wir haben angefangen mit einer Arbeit, die wir zivile Diplomatie nennen. Wir begannen Briefe zu schreiben im Namen der Bewohner Westerlo. Aber da unterschrieb auch der Bürgermeister, der Stadtverordnete für Frieden und der Mitarbeiter für internationale Zusammenarbeit. Zuerst haben wir die Karten nur an die Autoritäten in Kolumbien geschickt, aber die antworteten entweder überhaupt nicht oder wenn sie antworteten, rechtfertigten sie ihre Taten. Offensichtlich eröffneten sie kein Verfahren, noch nahmen sie unsere Forderungen ernst, nicht wahr? Also begannen wir die Karten an die internationalen Autoritäten in Fragen der Menschenrechte zu schicken: dem Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof, dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, an den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte usw.. Also eine Serie internationaler Entitäten, und jedes Mal schickten wir eine Kopie der Karten an die kolumbianische Regierung. Ich glaube, auf diese Weise haben wir, wenn man von 2006 an sieben bis 10 Karten jährlich veranschlagt, dann haben wir mindestens 700 Karten auf diese Weise versandt. Im Jahr 2009, wenn ich mich nicht irre, haben wir die Koordination auf europäischer Ebene verbessert. Dank einer Initiative des italienischen Netzwerkes in Solidarität mit der Friedensgemeinde zusammen mit Gemeindepартnerschaften des Landkreises Narni in Italien sowie der Landkreise Burgos und Albuquerque in Spanien und uns, wir haben uns zusammengetan, um diese Karten gemeinsam zu schreiben. Das machen wir immer noch, aber zurzeit nur mit Narni, denn aus Spanien gibt es gerade keine Unterstützung mehr. Dort haben die Bürgermeister der Gemeinden gewechselt und wie es aussieht haben die neuen Administrationen kein Interesse mehr an der Solidarität. Na gut, aber mit diesen Karten machen wir all die Menschenrechtsverletzungen öffentlich, übersetzen die Bekanntmachungen der Gemeinde, schicken sie weiter mit unseren Forderungen und einer kurzen Erklärung, wer wir sind. (D.J. – Gemeindepартner aus Westerlo Belgien, 02.08.2015, San José de Apartadó)

Diese Form der ‚zivilen Diplomatie‘ erschöpft sich offensichtlich nicht nur im Übersetzen von Anzeigen, sondern beinhaltet auch das Schreiben eigener Protestnoten, die dann nicht nur an die kolumbianische Regierung geschickt werden, sondern auch an Organisationen des internationalen Menschenrechtssystems, wobei die kolumbianischen Institutionen eine Kopie der Korrespondenz erhalten. Auf diese Weise wird die Menschenrechtssituation der Friedensgemeinde sowohl auf der belgischen Gemeinde- und Regierungsebene als auch auf der Ebene internationaler Menschenrechtsorganisationen sowie auf der Ebene der kolumbianischen Regierungsinstitutionen permanent thematisiert und re-aktualisiert. Die Hoffnung, die sich damit verbindet, ist, dass die kolumbianische Regierung auf den unterschiedlichen Ebenen und in den unterschiedlichen Kontexten des internationalen Staaten- und Menschenrechtssystems auf die Frie-

densgemeinde angesprochen wird. Als einen weiteren Aspekt dieser ‚zivilen Diplomatie‘ beteiligt sich die Gemeinde Westerlo auch an der Organisation solcher Reisen von und Veranstaltungen mit Gemeindemitgliedern, auf denen J.E. und A.T. in Wiesbaden und Köln waren:

Andere Aktivitäten dieser zivilen Diplomatie sind die fast jährlichen Besuche einer Delegation der Friedensgemeinde, die zu uns kommt. Mit dieser gehen wir zu den Nicht-Regierungsorganisationen, die zu Kolumbien arbeiten, damit sie ihre Analyse der aktuellen Situation in Kolumbien verbreiten können. Neben den Nicht-Regierungsorganisationen bringen wir sie zu jedem Politiker, dessen Interesse wir für die Friedensgemeinde zu wecken schaffen, sei es auf der Ebene der Provinz, der Ebene des flämischen Senats oder Parlaments oder des föderalen Parlaments bis hin zu einigen Ministern, mit denen wir schon gesprochen haben. Und immer verbinden wir das mit der Forderung, dass auch der belgische Staat die Verletzungen der Menschenrechte verurteilen sollte. Na ja, und auf der europäischen Ebene, da wir nah an Brüssel sind, machen wir auch Gespräche mit Abgeordneten des Europaparlaments. Wir organisierten zweimal Audienzen mit Abgeordneten des Europaparlaments, mit Leuten aus verschiedenen Kommissionen und Leuten aus der Friedensgemeinde, um über den Frieden in Kolumbien und die Friedensgemeinde zu reden. (D.J. – Gemeindepartner aus Westerlo Belgien, 02.08.2015, San José de Apartadó)

Die Bandbreite der Personen und Positionen, die die Gemeindemitglieder allein durch die ‚zivile Diplomatie‘ der Gemeinde Westerlo erreicht, erstreckt sich von der interessierten Öffentlichkeit über Kolumbienaffine Nicht-Regierungsorganisationen bis hin zu lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Politiker_innen. D.J. betonte, dass diese Form der Öffentlichkeitsarbeit zum Ziel habe, nicht nur die Personen zu informieren, sondern sie dazu zu bewegen sich gegenüber Institutionen des kolumbianischen Staates zu äußern. Dazu zählen auch direkte Interventionen, die er als dritten Bereich der ‚zivilen Diplomatie‘ nannte:

Und wir machen auch ‚urgent actions‘. Es gibt einen direkten Kontakt mit der Gemeinde über Telefon. Zum Beispiel, wenn jemand des Internen Rates verhaftet wurde. In dem Moment, wo wir davon erfahren haben, haben wir die 17. Brigade angerufen und die Freilassung der Person gefordert. Das hat funktioniert. Also ich glaube, diese Arten der Intervention, auch wenn sie sehr selten und einfach sind, helfen schon auf irgendeine Weise. Wenn wir also über Folgen sprechen, dann ist das eine: Alle dort involvierten Akteure wissen, dass es eine Art internationale Wachsamkeit gibt, das ist schon ein Erfolg. Klar, können wir nicht von großen Erfolgen berichten, schließlich haben sie einen Haufen Leute ermordet. Aber diese internationale Wachsamkeit macht immerhin, dass sie zweimal darüber nachdenken müssen, bevor sie eine extralegale Hinrichtung oder was auch immer begehen. Dass es ein Solidaritätsnetz aus Politikern und Nicht-Regierungsorganisationen auf europäischer Ebene gibt, ist wichtig. Wenn dort wirklich etwas Schlimmes passiert, kann man sich sicher sein, dass in Europa eine Menge Leute aufstehen und das anklagen. (D.J. – Gemeindepartner aus Westerlo Belgien, 02.08.2015, San José de Apartadó)

Als Gemeindepartnerin wenden sich Personen aus Westerlo auch direkt an Institutionen des kolumbianischen Staates, wie in diesem Beispiel an die 17. Brigade. Auch diese Form der ‚zivilen Diplomatie‘ verändert die machtasymmetrische Beziehung zwischen der Friedensgemeinde und den staatlichen Institutionen Kolumbiens. Als verhältnismäßig kleine und auf einer unteren Ebene der staatlichen Verwaltung verortete Gemeinde begegnet die Friedensgemeinde den staatlichen Institutionen auf regionaler und nationaler Ebene nicht nur aus ihrer lokalen Position heraus, sondern stellvertretend von anderen auch auf internationaler Ebene. Allerdings deuteten die Aussagen D.J. über die Wirkung dieser Maßnahmen bereits die Grenzen dieser ‚zivilen Diplomatie‘ an. Diese Maßnahmen haben zum Ziel, dass staatliche und bewaffnete Akteure sich bezüglich ihres Agierens gegenüber der Friedensgemeinde kontrolliert und beobachtet fühlen. Dieses ‚Unter-Beobachtung-Stehen‘ soll die Handlungsmöglichkeiten der Friedensgemeinde vergrößern (Siehe hierzu auch Mahony und Eguren 2002). Des Weiteren soll so die Menschenrechtssituation der Friedensgemeinde ein permanentes und präsentes Thema bei internationalen, kolumbianischen und belgischen Institutionen sein. Inwieweit sie allerdings dazu beitragen, die Menschenrechtssituation der Friedensgemeinde tatsächlich zu verbessern, will auch D.J. nicht einschätzen. Nach weiteren Hindernissen für die Wirkung der ‚zivilen Diplomatie‘ fragend, machte D.J. auch darauf aufmerksam, dass es ab einer gewissen politischen Ebene schwierig wird, Politiker_innen für ihre Kampagnen einzubinden:

Vielleicht ein kleines Beispiel, es gibt in Belgien einen Fonds mit dem Namen König Baudouin. Dieser Fonds ermöglicht eine Steuerreduzierung für Spenden in Projekte der internationalen Zusammenarbeit. In diesem Sinne ist der Fonds auch in unsere Arbeit mit der Friedensgemeinde involviert. Hier passierte etwas Interessantes und Bedauerliches gleichzeitig. Ende 2012 wurde ein Teil der Kakao-Pflanzungen, deren ökologische Zertifizierung wir mitfinanziert haben, mit Glyphosat besprüht, weil man sie für Koka-Pflanzungen hielt. Da diese Besprühungen häufig von den Vereinigten Staaten finanziert werden, schrieben wir Karten an die US-amerikanische Regierung aber auch an den Fonds König Baudouin. Indem wir dessen politische Unterstützung forderten, wollten wir auf eine höhere Ebene der belgischen Politik kommen und sie in unsere Sache einbinden. Aber das hat nicht funktioniert und das haben wir schon öfter festgestellt: Dass ein Land wie Belgien eine kritische Position gegenüber dem kolumbianischen Konflikt bezieht, ist sehr schwierig. Immer wenn Mitglieder der Friedensgemeinde nach Belgien kommen, fahren wir nach Brüssel zu den Parlamentariern des Europaparlaments, den Senatoren und anderen belgischen Politikern und stellen fest, dass sie ihre volle moralische Unterstützung zum Ausdruck bringen. Aber sobald wir zu dem Punkt kommen, den kolumbianischen Staat für etwas ganz Konkretes anzuklagen, dann überzeugen wir nur Politiker der Landkreise und Provinzen, aber darüber hinaus ist es sehr schwierig eine Unterschrift zu bekommen. Denn hier kommt man auf eine komplexere diplomatische Ebene. Dasselbe merkt man bei der belgischen Botschaft, zu der wir versuchen gute Kontakte zu halten. Es kostet, sie davon zu überzeugen konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die einen Unterschied ausmachen könnten. (D.J. – Gemeindepartner aus Westerlo Belgien, 02.08.2015, San José de Apartadó)

Die ‚zivile Diplomatie‘ stößt offensichtlich dort auf ihre Grenzen, wo der Wirkungsbereich der offiziellen Diplomatie beginnt. Auch wenn diese Grenze durchlässig ist, und die Gemeindepartner in Westerlo versuchen, Politiker_innen über die Gemeindeebene hinaus dazu zu bewegen, sich für die Gemeinde einzusetzen, ist ihr Erfolg begrenzt.

Die ‚zivile Diplomatie‘ zusammenfassend sei gesagt, dass es die Friedensgemeinde unabhängig von diesen Einschränkungen schafft über diese solidarisches Netzwerk und sein Agieren ihre Präsenz auszuweiten und den Institutionen des kolumbianischen Staates auch auf der internationalen Ebene zu begegnen. Diese in diesem Abschnitt thematisierte Form der Begegnung findet indirekt statt, über die Briefe, Protestnoten und ‚urgent actions‘ internationaler Menschenrechtsorganisationen, über die weitergeleitete Korrespondenz zwischen Gemeindepartner_innen und Institutionen des internationalen Menschenrechtssystems oder über Nachfragen von Politiker_innen bei internationalen Begegnungen. Diese indirekten Begegnungen entfalten eine Art ‚Drittwirkung‘ (Vgl. Mijangos y González 2007), die eine Reduzierung der Machtasymmetrie in der Beziehung zwischen der Friedensgemeinde und den staatlichen Institutionen Kolumbiens zum Ziel haben. Natürlich hebt deren Wirkung die Asymmetrie nicht vollständig auf, aber die internationale Präsenz und Öffentlichkeit, die die Friedensgemeinde über die internationale Solidarität und ‚zivile Diplomatie‘ erreicht, stärkt ganz konkret die Position und das Agieren ihrer Mitglieder im lokalen, regionalen und nationalen Kontext.

Counter-Ethik

Die letzte Form der Begegnung zwischen den Bewohner_innen der Friedensgemeinde und den staatlichen Institutionen, die ich hier abschließend thematisieren möchte, stellt an sich keinen spezifischen Kontaktmoment dar, sondern begleitet viele der bereits erwähnten Begegnungen. Es geht dabei um die spezifische Haltung, mit der die meisten Bewohner_innen den staatlichen Institutionen begegnen. Aus dieser spricht m.E. eine für den konfliktiven Kontext bemerkenswerte Moral und Wertvorstellung, die viele Bewohner_innen der Friedensgemeinde, wie bspw. die Bäuerin M.B., schlichtweg als Würde bezeichneten:

Die Wahrheit ist doch, dass wir als Gemeinde nicht vor diesem Staat niederknien können oder uns für ein Pfund Reis kaufen lassen können. Das ist, was praktisch in dieser Zone passiert. Das machen die Leute aus ihrer Not heraus. Das verstehe ich nicht. Ich war nie reich, ich war mein ganzes Leben eine arme Frau, und ich habe gelitten. Aber ich bin nie zu den zivil-militärischen Aktionen gegangen, die sie machten, um diesen wurmstichigen Pfund Reis zu erhalten. Da war ich nie, denn ich ziehe es vor eine Kochbanane oder Yucca zu essen. Und wenn ich sie roh und ohne Salz essen muss, aber ich esse sie mit Würde. (M.B., 18.09.2013, San José de Apartadó)

Auch die Bäuerin A.U. betonte, dass nach allem, was ihr passiert ist – dem Mord an ihrem Mann, die Vertreibung von ihrem Land, das Abbrennen ihres Hauses, die ungerechte Gefängnisstrafe – es das Wichtigste für sie war, in Würde weiter zu leben:

Man muss lernen, in Würde zu leben. Zum Beispiel, als sie mich schnappten und ins Gefängnis brachten, sagten sie: ‚Erzähl uns was. Bring die Gemeinde in Schwierigkeiten.

Sag, dass die Gemeinde mit bewaffneten Gruppen zu tun hat. Sag irgendwas über die Gemeinde. Wir geben dir ein Haus in Bogotá, ein Stipendium, damit die Kinder studieren, eine Arbeit für dich, und du musst nicht ins Gefängnis.' Ich antwortete nur: 'Nein, ich kann nicht sagen, dass die Gemeinde irgendetwas mit der Guerilla zu tun hat. Ich habe nie einen Guerillero in der Gemeinde gesehen. Wir hatten Workshops, da haben wir darüber gesprochen, wie wir uns verhalten wollen. Das haben wir ziemlich klar. Ich kann nichts sagen, was die Gemeinde in Schwierigkeiten bringen würde.', 'Nein, es muss ja so nicht sein, aber du erzählst es so, damit du deine Vorteile bekommst.' Ich sagte nur: 'Nein, niemals.' Nach allem, was sie mir angetan haben. Sie haben mir meinen Mann genommen, sie haben mir nichts zum Überleben gelassen. Das wäre ein Mangel an Würde. Ich sage, wenn alle etwas Würde hätten, könnte sich dieses Land ändern. Aber die Leute in den Städten sind ignoranter als wir Bauern. [lacht] (A.U., 18.03.2008, San José de Apartadó)

Auf individueller Ebene zeigt sich diese Würde nicht nur im Verzicht auf persönliche Vorteile, die zum Nachteil der Gemeinde sein könnten, sondern auch in dem Bestreben bspw. Rachegefühlen keinen Raum zu geben und verzeihen zu lernen, wie A.U. fortfuhr zu erzählen:

Ob ich verzeihen könnte? Ich bin nicht rachsüchtig. Ich sage, wer in seinem Krieg ist, der ist in seinem Krieg und das ist hart, denn der richtet sich auch gegen ihn. Ich glaube, man muss verzeihen können, sonst verzeiht Gott auch nicht. Rache bringt niemanden etwas. Zum Beispiel meine Kinder, das Mädchen und der Junge, die großen, die 14 Jahre sind, sie sagten: 'Wenn ich groß bin, gehe ich zur Guerilla, um den Tod meines Vaters zu rächen.' Ich sagte ihnen: 'Meine Kinder, das ist keine Option. Wachst, arbeitet, kämpft, aber die Guerilla ist keine Option. Man kann anders sein, ohne zur Guerilla gehen zu müssen. Ihr könntet der Gemeinde in vielen Dingen helfen, in der Guerilla hilft ihr niemandem.' (A.U., 18.03.2008, San José de Apartadó)

Zu verhindern, dass ihre Kinder zur Guerilla gehen, war scheinbar auch der Grund, warum die Bäuerin A.U. die Region verließ. Bei meinem Forschungsaufenthalt im Jahr 2013 lebte sie nicht mehr in der Friedensgemeinde. Auf Nachfragen erzählte mir die Bäuerin M.B., dass A.U. nicht gehen wollte, aber dass sie sich zu diesem Schritt gezwungen sah, weil ihre Kinder 'unruhig wurden'. Ganz offensichtlich entschied sich A.U., die Region und die Friedensgemeinde mit ihren Kindern zu verlassen, bevor diese sich dazu entscheiden konnten, die Gemeinde zu verlassen und zur Guerilla zu gehen.

Das Bestreben, moralisch korrekt und würdevoll zu agieren, spiegelt sich aber nicht nur in persönlichen Entscheidungen wieder – und wie im Kapitel 3.2 und 3.3 gezeigt auch nicht in allen persönlichen Entscheidungen –, sondern findet sich in vielen kollektiven Entscheidungen der Vollversammlung und liegt so vielen Aktionen der Gemeinde als ethische Orientierung zu Grunde. Dabei ist Ethik für die Friedensgemeinde gerade keine Ansammlung abstrakter Konzepte, über die sich gut reden lässt. Dass sie sich vor allen Dingen in der Praxis zeigen und bewähren muss, betonte der Bauer A.T., als wir in einem Interview über die Werte der Friedensgemeinde ins Gespräch kamen:

Wir suchen eine humane Welt. Wir wollen an der Konstruktion einer Welt teilnehmen, die man friedlich nennen kann. Das heißt, wir wollen ein etwas anderes Leben führen,

eins, das sich von dieser Welt der Morde, der Straflosigkeit, der Ungerechtigkeit, der Grausamkeit unterscheidet. Darauf arbeiten wir hin. Aber die Idee ist nicht, dass das nur ein Diskurs bleibt, sondern sich in Taten zeigt, die uns dort hinbringen. Hier in dieser Zone schnappen die Paramilitärs einen Zivilisten, oder wer auch immer, das Militär oder die Guerilla, und niemand kommt zum Verteidigen, niemand kommt zum Protestieren, niemand kommt, sich zu solidarisieren. Es passiert nichts. Also sagt man: ‚Wir können dem Schmerz und der Grausamkeit keinen Raum bieten.‘ Wir müssen das zurückweisen und dürfen das als Gemeinde nicht akzeptieren. Wenn es hier eine Tat der Straflosigkeit oder Ungerechtigkeit gibt, dann empört uns das. Und diese Empörung treibt uns zur Reaktion. Wie reagieren wir? Zu Gunsten der und in Solidarität mit den Betroffenen, egal, um wen es geht. Im Extremfall ist es nicht wichtig, ob die Person Mitglied der Gemeinde ist oder nicht. Wenn es zum Beispiel Tote gibt, ist uns das egal. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Dieser Auszug ist in mehrerer Hinsicht interessant. Mit der Beschreibung des eigenen Projektes als Suche signalisiert A.T., dass sich die Friedensgemeinde als ein Prozess versteht, der sich weiterentwickelt und weder abgeschlossen noch statisch ist. In dieser Suche sehen sich die Bewohner_innen nicht allein oder isoliert, sondern verstehen sich als Teilnehmende an der Konstruktion einer friedlicheren Welt in Abgrenzung zu dem Kontext aus Gewalt und Straflosigkeit, der die Friedensgemeinde umgibt. Beeindruckend ist, dass der Bauer A.T. seine Beschreibung der fehlenden Solidarität in der Region in einer Art und Weise formuliert, die stark an den bekannten Ausspruch des NS-Widerstandskämpfers Niemöller²⁸ erinnert. Scheinbar liegt beiden Formulierungen die geteilte Erfahrung zu Grunde, dass die praktische Solidarität zwischen Menschen in Situationen der politischen Gewalt als erstes verloren zu gehen scheint. Die Friedensgemeinde kultiviert eine Form praktischer Solidarität als Strategie, um eine humanere Welt, die ihre Mitglieder anstreben, zu konstruieren.

Dabei ist diese praktische Solidarität der Friedensgemeinde nicht willkürlich oder bedingungslos. Die Friedensgemeinde wählt sehr bewusst aus, mit wem sie sich solidarisch zeigt und mit wem nicht. Während der landesweiten Bäuer_innenproteste im Jahr 2013 entschied sich bspw. die Vollversammlung, nach langen Diskussionen und langem Abwägen verschiedener Argumente sowie aus sehr spezifischen lokalpolitischen Gründen heraus, nicht an dem nationalen Streik der Bäuer_innen teilzunehmen. Die Friedensgemeinde setzt sich die Grenzen ihrer Solidarität selbst, was dazu führt, dass sie sich in manchen Fällen nicht solidarisch zeigte, wo man es eventuell erwartet hätte, oder aber, dass sie sich solidarisch zeigte, wo man es eventuell nicht erwartet hätte. Ihre eigene Grenzsetzung nimmt keine Rücksicht, weder auf die durch den bewaffneten Konflikt gewaltsam etablierten Grenzen noch auf die Grenzen des für Außenstehende Erwartbaren, was – wie ich gleich zeigen werde – bemerkenswerte Konsequenzen hat.

28 Martin Niemöller war evangelischer Theologe und saß als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus von 1938-1945 im Konzentrationslager Sachsenhausen. Von ihm stammt der Ausspruch: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ (Niemöller o.D.)

Der Bauer A.T. illustrierte diese ganz eigene grenzüberschreitende Solidarität, indem er mir von einer Episode erzählte, in der die Friedensgemeinde mehrere tote Paramilitärs barg, die während eines Gefechtes ums Leben gekommen sind und in einem Weiler der Friedensgemeinde liegen gelassen wurden (Siehe auch Giraldo Moreno 2017, 10–12, wo der Fall ebenfalls dokumentiert ist):

Zum Beispiel blieben mal tote Paramilitärs im Weiler Arenas liegen. Die Empörung der Gemeinde war am Ende so groß, dass wir selbst hingingen und ihre Körper bargen. Niemand wollte gehen, nicht die Ombudsstelle für Menschenrechte, nicht die Staatsanwaltschaft, nicht das Militär, nicht die Polizei, nicht die Kriminalpolizei, niemand wollte gehen und diese Körper bergen, obwohl es Operationen gab und Hubschrauber flogen. Das brachte uns als Gemeinde ans Äußerste, aber wir wollten nicht Komplizen des Schmerzes werden. Wir wollten nicht Komplizen der Grausamkeit werden, wir gingen als Gemeinde und bargen sie als Gemeinde.

P.N.: Ihr selbst habt die Kadaver der Paramilitärs geborgen?

Wir bargen sie. Wir gingen nach Arenas. Dort sammelten wir die Körper ein, die bereits stark verwest waren. Es waren bereits zwölf Tage vergangen, zwölf Tage in Verwesung, die Raubvögel hatten bereits viele Teile gegessen. Wir gingen und bargen was übrig war, Knochen und so. Es gab einige Körperteile, die noch in Takt waren, von der Hüfte abwärts zum Beispiel, das nahmen wir alles mit. Hier in der Schreinerei bahrten wir sie auf, hier kamen die Familien her und hier übergaben wir sie ihren Familien. Die Familien waren überrascht und sie sagten: ‚Vielen Dank, dank euch haben wir unsere Lieben wieder. Die Militärs waren nutzlos, sie machten nichts.‘ Wir sagten: ‚Schaut, ihr müsst uns nicht danken, dankt uns nicht.‘ Das machen wir nicht, um der Dankbarkeit halber oder so, wir machen das für die Würde. Wir machen das, weil wir glauben, dass egal, wer diese Menschen waren, ob sie Mörder waren oder was auch immer, sie nun tot sind, und dass das nicht egal ist. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Das in dieser Episode geschilderte Agieren staatlicher Behörden deckt sich mit den bekannten, im Kapitel 4.1. beschriebenen und in anderen Darstellungen zu findenden Kontaktmomenten dieser Institutionen mit der Friedensgemeinde. Giraldo berichtet bspw. über Fälle, bei denen die Ombudsstelle nicht nach San José de Apartadó kommen konnte, weil gerade Feiertag war (Vgl. 2010, 123), oder gar nicht erst die Telefonanrufe der Friedensgemeinde beantwortete (Vgl. bspw. 2017, 8, 10, 30, 35). In diesem Fall erklärt sich die staatliche Untätigkeit aber auch aus dem Umstand, dass die meisten staatlichen Institutionen der Region – vom Militär über die Staatsanwaltschaft und die Verwaltung in Apartadó bis hin zum Gouverneur des Bundesstaates Antioquia – abstreiten, dass es in der Serranía de Abibe überhaupt paramilitärische Gruppen gibt. Getötete Paramilitärs zu bergen, würde folgerichtig ihre Existenz belegen. In der Regel bergen und bestatten paramilitärische Gruppen ihre toten Kämpfer_innen selbst oder rekrutieren Bäuer_innen in der Zone, um ihre Toten zu bergen (Vgl. Giraldo Moreno 2017, 64), was in diesem Fall offensichtlich nicht passiert ist. Das Unwahrscheinliche an dieser Geschichte ist – zumindest war es das für mich im Moment des Interviews –, dass die Bewohner_innen der Friedensgemeinde sich dazu entschieden haben, den sterblichen Überresten von Personen, die zu der bewaffneten Gruppe gehörten, die sie am schärfsten verfolgt, eine humane Behandlung zu Teil kommen zu lassen. Was sie

dazu motivierte, war scheinbar ihr Unwille, sich mit der dehumanisierenden Ethik des Konfliktes gemein zu machen, die von den bewaffneten Akteuren vertreten wird und die dem Menschen und seinen Überresten keine Wertschätzung entgegenbringt. Schwer vorstellbar, dass diese Entscheidung von allen Gemeindemitgliedern ohne Widerspruch getragen wurde:

P.N.: Warte mal. Wie kann das sein....? Das sind doch dieselben, von denen ihr sagt, dass sie euch töten. Das sind Paramilitärs, oder nicht?

Da war ein Gefecht zwischen den Paramilitärs und der Guerilla im Weiler Arenas. Ich glaube, eine kleine Gruppe Paramilitärs ging hoch nach Arenas. Und dort an der Schule in Arenas, nahmen sie den Weg Richtung Norden. Die Nacht verbrachten sie in der Nähe eines Baches, so wie dieser hier [zeigt auf den Fluss]. Am Morgen griff die Guerilla sie an und tötete einige Paramilitärs. Einige hauten ab. Die Guerilla nahm die Waffen und Dinge mit, die sie für brauchbar hielt, und haute auch ab. An diesem Tag..., ich erinnere mich, dass wir in der Unión waren. Wir wollten hoch nach Mulatos. Da war auch noch Eduar dabei. Ich glaube, es war das letzte Mal, dass Eduar uns begleitete. Als wir oben in Las Nieves [auf dem Weg nach Mulatos] ankamen, hörten wir die Schüsse des Gefechts. Danach überflog ein Hubschrauber die Zone. Deshalb dachten wir, es war mit dem Militär, weil der Hubschrauber kam. Aber auf das Militär trafen wir unterwegs. Wir gingen nach Mulatos und hörten zwei Tage nichts. Dort war ein Treffen des Internen Rates. Nach zwei Tagen gingen wir zurück, weil einige Bauern sagten, das Gefecht sei mit den Paramilitärs gewesen und es hätte Tote gegeben. Aber wir wussten dort nicht, ob das stimmte, wir hörten das nur. Wir kamen also zurück und versuchten Informationen zu bekommen. Dann machten wir die Ereignisse zum ersten Mal öffentlich. Als wir herausfanden, dass es sich um Paramilitärs handelte, verständigten wir die Ombudsstelle für Menschenrechte und die Staatsanwaltschaft, damit die die Reste bargen, aber es passierte nichts. Es verging eine Woche, nichts. Es verging die nächste, und wieder nichts. Wir versuchten das zwölf Tage zu vermitteln und nichts passierte. Es gab keine Lösung. Da entschieden wir als Gemeinde hinzugehen, um sie zu holen. Diese Entscheidung war nicht leicht. Was wir machten, an jedem Ort, also vor allen Dingen in der Unión, hier [in San Josecito] und in Arenas, versammelten wir die Familien und redeten mit ihnen. Wir sagten zu den Leuten: ‚Schaut, wir als Gemeinde können nicht mehr machen. Wir können nur noch selbst hingehen und die Körper bergen, aber das könnte mögliche Konsequenzen haben.‘ Welche sind das? Einerseits könnte die Guerilla hart reagieren, weil wir Reste von Paramilitärs bergen. Aber auch die Staatsanwaltschaft könnte hart reagieren und sagen, dass wir den Tatort manipuliert hätten oder was weiß ich, und uns deshalb zur Verantwortung ziehen. Die Leute sagten: ‚Nein, wir machen das. Sollen sie tun was sie wollen, lass uns das machen.‘ Und wir gingen.

P.N.: Wirklich? Und die ganze Gemeinde war dafür? Das provozierte keine Widersprüche?

Doch, die gab es. Es gab Leute, die sagten: ‚Aber diese mordenden Banditen bergen, wozu?‘ Ich weiß nicht mehr genau, wer, ein paar von den Alten sagten irgend so etwas. Es ist gut, wenn das jemand hinterfragt. Das ist gut, denn in der Beantwortung können wir uns selbst überprüfen, wie viel Rache wir gegenüber den Tätern empfinden

und was hier unsere Position ist. Aber der, der tot ist, ist tot. Das kann uns nicht egal sein, wie diesem System, in dem halt stirbt, wer stirbt, in dem man liegen bleibt, wo man fiel und es niemanden interessiert. Als Gemeinde haben wir eine andere Vision, wir sind nicht einverstanden mit diesen Dingen. Der Mensch ist ein Mensch und hat als solcher eine Würde. Er ist kein Tier, das hier irgendwo tot rumliegt. Wir müssen den Unterschied machen zwischen einem Menschen und einem Tier. Und überhaupt, meistens vergraben wir die Tiere, damit sie nichts verunreinigen und was weiß ich, wir vergraben sie. Einen Menschen, der bereits tot ist, auch wenn er schlecht war und uns geschadet hat, wer auch immer er war, jetzt ist er tot. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Wie im Fall der Handgranate blieben mit der Ombudsstelle für Menschenrechte und der Staatsanwaltschaft die staatlichen Behörden untätig, in deren Aufgabenbereich die Bergung der toten Paramilitärs gefallen wäre. Die Gemeinde beriet und diskutierte die Möglichkeit, die Toten selbst zu bergen, in den unterschiedlichen Weilern. Dabei wurden die internen Widersprüche als Chance wahrgenommen, die Standpunkte der Friedensgemeinde als Gemeinschaft aber auch jedes einzelnen zu überprüfen und zu evaluieren, wieviel Rache und Ressentiments man gegenüber der bewaffneten Gruppen empfand. Über diese Reflexion versicherten sich die Bewohner_innen der Friedensgemeinde schließlich selbst, dass sie eine andere, humanere Vision vom Zusammenleben in dieser Region haben und zu der gehörte es auch, die Würde der Toten und den Schmerz ihrer Familien zu achten. Dadurch versicherten sie sich auch gleichzeitig ihrer Identität als Friedensgemeinde in Abgrenzung zu den bewaffneten Gruppen.

Während die bewaffneten Gruppen, darunter, wie im Kapitel 4.1 gezeigt, auch das Militär, in der Begegnung mit der Friedensgemeinde deren Bewohner_innen entmenslichen und dehumanisieren, indem sie sie zu tötbaren, verhaftbaren und demobilisierbaren Personen machen, machen die Gemeindemitglieder in dieser Episode genau das Gegenteil mit den bewaffneten Akteuren. Sie vermenschlichen und rehumanisieren die toten Paramilitärs, indem sie ihnen eine menschenwürdige Behandlung zuteilwerden lassen (Vgl. Robben 2005; Karl 2014). Sie machen die toten Kämpfer_innen nicht zu den Anderen und ihnen nicht Gleichen, sondern sie reintegrieren sie in ein geteiltes Menschsein. Sie machen die toten Paramilitärs zu einem Teil des Eigenen. Diese solidarische Praxis unterläuft die Ethik und Logik des bewaffneten Konflikts, die binäre Oppositionen und Freund-Feind-Dichotomien konstruiert und ein ganzes Spektrum destruktiver Gewaltpraktiken produziert. In diesem Sinne humanisiert die Friedensgemeinde den Konflikt, weil ihre Ethik und Praxis Gemeinsamkeiten unterschiedlicher Personen und Akteure konstruiert, anstatt lediglich deren Differenzen zu reproduzieren, die trotzdem und weiterhin existieren. Am Ende der Diskussionen stellten die Bewohnerinnen eine der bereits thematisierten ‚humanitären Kommissionen‘ zusammen, obwohl ihnen bewusst war, dass die Bergung der Toten, wenn auch aus humanitären Gründen motiviert, Konsequenzen seitens bewaffneter und staatlicher Akteure verursachen könnte.

P.N.: Unglaublich, übertreibt ihr es hier nicht ein wenig?

Ja, das bringt einen zum Nachdenken und macht, dass die Gemeinde reflektiert, oder?

Auch, um nicht überhitzte Aktionen zu machen, aus irgendeiner Eile heraus. Es ist ein

schwieriges Abwägen. Also machten wir diese Bergung. Wir gingen dahin und das war hart, denn wir gingen und das Militär war ganz in der Nähe von Arenas. Es gab eine Truppe, der begegneten wir. Wir kamen ungefähr an den Ort, wo sie waren, bargen sie und als wir an einem Haus vorbeikamen, sagten sie uns, dass die Militärs nicht weit entfernt sind. Sie sind an dem und dem Ort und auf dem Weg hierher. Das machte uns ein bisschen Angst: ‚Wenn die uns hier mit den Resten antreffen, wer weiß, was sie machen. Die werden uns in, wer weiß was, für eine Sache reinziehen.‘ Wir änderten die Strategie ein wenig, und gingen nicht denselben Weg zurück. Wir machten einen Bogen zur Unión, um den Norden der Union herum, und dann von der Union herunter. Wir sagten: ‚Und durch San José gehen wir in der Nacht.‘ Egal, für diesen Bogen brauchten wir eh ein bisschen Zeit und kamen erst in der Nacht durch San José. Wir wussten nicht, ob die Polizei oder das Militär uns dort irgendwo erwarten würde. Also sagten wir, als wir noch oben in der Unión waren, dass zwei Leute mit den Mauleseln vorgehen und der Rest hinterherlaufen sollte. Die Leute sagten zuerst: ‚Nein, aber was passiert, wenn sie die beiden erwischen?‘ Wir dachten, die beiden, die vorgehen, werden sie nicht schnappen. Wer glaubt denn, dass die beiden, die allein gehen, die sind, die die Kadaver haben? Man glaubt doch nicht, dass die zwei sie haben. Man glaubt doch eher, dass die große Gruppe sie hat, und dort werden die Soldaten ganz genau hinschauen. Also, zuerst gingen zwei vor und der Rest ging 10, 15 Minuten danach. Ich ging mit dem alten A. vor, der hier wohnte, wir gingen vor und gingen in Ruhe herunter. Als der Rest der Leute hinterherkam, war die Polizei da. Aber sie machten nichts, weil sie nichts Verdächtiges sahen, was die Leute dabei hatten. So brachten wir sie herunter.

P.N.: Und hattet ihr keine Angst, dass am Ort...-, ich weiß nicht, manchmal hinterlässt die Guerilla doch Bomben oder was weiß ich?

Ah ja, das schon, sogar, als wir zum letzten Haus vor dem Fundort kamen, die Leute [die dort wohnten] sollten uns zeigen, wo die Reste sind, aber die Leute wollten nicht mitkommen: ‚Nein, schaut, das ist ungefähr dort.‘ Aber sie wollten es uns nicht zeigen. Schaut, dort in diesem Teil. Gut, wir schauten, wo sie waren und gingen. Sie wollten nicht, aus Angst die Guerilla könnte sagen, sie seien es gewesen, die die Hinweise gegeben hätten. Also: ‚Ist gut, wir gehen.‘ Die Empfehlungen für die Gruppe, bevor wir gingen, waren folgende: Zuerst ging nur eine kleine Gruppe von sechs Personen. Der Rest blieb in der Nähe, genau aus diesem Grund, weil vielleicht noch Artefakte in dem Areal waren. Danach, so wenig Dinge wie möglich am Ort anfassen, damit nicht später das Militär kommt, Fingerabdrücke nimmt und irgendwas passiert. Na gut, die Reste selbst wurden nur mit Gummihandschuhen angefasst, nichts mit der Hand, um nicht irgendwelche juristischen Probleme zu bekommen. Aber, am Ende fragten wir uns auch: ‚Was sollte das Problem mit den Fingerabdrücken sein, wenn sie uns mit den Resten erwischen.‘ Aber egal, so gingen wir vor. Der Ort war direkt neben einem Fluss, man sah keine Risiken, aber wir versuchten trotzdem alles zu beachten. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Es ist paradox. Die Bewohner_innen der Friedensgemeinde, die Opfer der paramilitärischen Gewalt sind, versuchen tote Paramilitärs, mit denen das Militär zusammengearbeitet hat und zusammenarbeitet, zu bergen. Um ihnen eine humane Behandlung

zuteilwerden zu lassen und für diese Behandlung nicht vom Militär sanktioniert zu werden, müssen die Gemeindemitglieder dabei aber die toten Paramilitärs vor dem Militär verstecken, weil diese deren Existenz in der Öffentlichkeit leugnen. Dabei ist diese Bergung auch ohne diesen absurden Umstand mit konkreten Gefahren und Risiken für die Gemeindemitglieder verbunden. Es ist in der Vergangenheit schon vorgekommen, dass die Guerilla Minen bei den Leichen getöteter Soldat_innen oder Paramilitärs hinterlassen hat, um bei deren Bergung noch weitere Soldat_innen oder Paramilitärs zu töten. Am Umgang mit diesen Herausforderungen zeigen sich aber auch weitere Facetten des strategischen Repertoires der Gemeindemitglieder, wie bspw. die Meidung und Camouflage. Zunächst erhoben sie eine Reihe von Vorsichtsmaßnahmen für die Bergung, indem sie diese nur mit einer kleinen Gruppe durchführten und dabei Gummihandschuhe trugen, um bspw. Spuren zu vermeiden. Hinsichtlich des Transports der geborgenen Körper entschieden sie sich zunächst für einen Umweg und für einen nächtlichen Zeitpunkt, um dem Militär auszuweichen. Zusätzlich tarnten sie den Transport der Körper, indem sie die Gruppe aufteilten, wobei sie die toten Körper den Personen mitgaben, von denen sie glaubten, dass sie unauffälliger waren. Nachdem sie die Leichen nach San Josecito gebracht hatten, mussten diese noch ihren Familien übergeben werden, was ich hier kurz der Vollständigkeit halber erwähnen möchte und was laut A.T. folgendermaßen ablief:

P.N.: Und wie habt ihr die Familien identifiziert? Wie habt ihr sie benachrichtigt?

Das war ein bisschen kompliziert. Die Paramilitärs informierten die Familien der Toten und die kontaktierten die Ombudsstelle für Menschenrechte. Die Ombudsstelle wurde aber auch von der Gemeinde informiert. Die Ombudsstelle versprach ihnen, dass sie sie bergen würden. Aber die Zeit verging und nichts passierte. Wir informierten die Ombudsstelle, dass wir diese ‚Kommission‘ machen würden. Also, das wussten sie. Und als wir sie dann hatten, rief uns die Ombudsstelle an und fragte, was denn nun mit den Kadavern sei und was man machen sollte. Wir sagten: ‚Nein, wir haben sie schon geholt, sie sind hier in der Gemeinde.‘ Einen Tag später kamen die Familien, um zu sehen, ob das stimmte. Und sie mussten sie natürlich identifizieren. Also, man sah ihnen an, dass das schwer war. Was wir bedacht hatten, in dem Moment, als wir die Reste geborgen hatten, war, sie einzeln aufzusammeln. Zum Beispiel, einer lag an diesem Ort, also sammelten wir alles, was von ihm übrig war und taten es in einen großen Plastiksack. Aber, dabei fanden wir natürlich auch Fotos und Dokumente und die legten wir mit zu demjenigen, bei dem wir sie fanden. Kann natürlich sein, dass der eine das Portemonnaie des anderen hatte. Das wissen wir nicht. Aber wir legten diese Beweise getrennt voneinander zu denen, bei denen wir sie fanden. Da gab es Fotos, einer hatte Damenunterwäsche, wir dachten kurz: ‚Ist das eine Frau? Wie kann das sein?‘ Ein anderer hatte an einem Fuß eine Kette. Also wir behielten das so getrennt, wie wir es fanden. Als die Familien kamen, dachten sie, sie würden einfach die Körper sehen, um sagen zu können: ‚Ah, das ist er.‘ Aber nein, da waren nur Knochen, nicht mehr. Die, die noch Haut hatten, hatten sie, weil sie noch Hosen anhatten. Die Geier hatten sie gegessen, aber nicht an den Stellen, die von den Hosen bedeckt gewesen waren. Wir sagten ihnen: ‚Schau, neben ihm haben wir diese Sachen gefunden. Der hatte diese Uhr, der diese Sache.‘ Und so erkannten die Familien sie: ‚Ah, ja, der ist es.‘ Also, das

war zum Heulen, man konnte sie nur noch über die blanken Knochen identifizieren. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

Die Ombudsstelle half also am Ende, den Kontakt zu den Familien herzustellen, damit diese die Leichen ihrer toten Angehörigen entgegennehmen konnten. Und auch wenn andere staatliche Institutionen die Bergung dieser toten Paramilitärs nicht unterstützten, so blieben sie nach ihrer Bergung nicht untätig, sondern agierten auf bereits bekannte Weise, wie mir A.T. abschließend erzählte:

Danach kam aber erst der Skandal an der Sache. Nur um das zu erwähnen: Das Unglaubliche war, dass zwei Wochen später die Polizei sagte, dass das alles nicht stimme. Es habe keine toten Paramilitärs gegeben, oder überhaupt tote Leute. Das sei völlig falsch. Schließlich gebe es keine Dokumente in der Gerichtsmedizin. In Apartadó habe man keine Informationen darüber, dass es Tote in der Zone gebe. Die Untersuchung der Polizei in Apartadó könne nicht von Toten berichten. Also sei es falsch, dass es Tote gegeben habe. Wirklich. Die machten einen Bericht. Den schickten sie sogar an den Interamerikanischen Gerichtshof und informierten so, dass alles falsch gewesen sei. Es gebe keine Beweise. Sie seien zum Militär-Kommando gegangen, dort habe es keine Beweise für Tote gegeben. Sie seien zum Krankenhaus in Apartadó gegangen, zur Gerichtsmedizin und hätten keinen einzigen Beweis für einen Toten gefunden. Also, die Toten seien erfunden worden. Das war ihre Schlussfolgerung. Oh mein Gott, was für eine perverse Welt. (A.T., 15.08.2015, San José de Apartadó)

In der von dem Bauern A.T. geschilderten Reaktion der staatlichen Behörden zeigt sich erneut die zynische Macht staatlicher Bürokratie in der Produktion sozialer Realitäten. Die staatliche Verwaltung produziert die offiziellen Register und Statistiken, mit denen sie die soziale Realität beschreibt und belegt. Dabei haben die staatlichen Institutionen ein Monopol sowohl auf die Autorschaft als auch auf die Repräsentation dieser offiziellen Register und Statistiken. Die ‚magische Macht‘ (Taussig 1997) staatlicher Behörden besteht darin, die teilweise illegale Produktion dieser offiziellen Register und Statistiken zu verbergen und ihre Repräsentation als soziale Realität erscheinen zu lassen. So werden einerseits Bewohner_innen der Serranía de Abibe zu getöteten, demobilisierten und verhafteten Guerilla-Kämpfer_innen, weil sie als solche in den Programmen und Statistiken staatlicher Behörden eingeschrieben sind (Siehe Kapitel 4.1). Dass diese Produktion von Guerilla-Kämpfer_innen auf widerrechtlichen und illegalen Praktiken basiert, wie bspw. erkaufte Zeug_innenaussagen, erpressten Geständnissen und fingierten ‚Montagen‘, liegt dabei im Moment der Repräsentation dieser Statistiken im Verborgenen (Vgl. Taussig 1992). Indem andererseits, wie die Episode des Bauern A.T. anschaulich illustrierte, die staatlichen Behörden paramilitärische Gruppen in der Produktion der Register und Statistiken nicht berücksichtigen, produzieren sie folglich die Nicht-Existenz paramilitärischer Gruppen.

Diese Form des ‚administrativen Existenzialismus‘ erkennt nur die Existenz von Personen und Akteuren an, die Eingang in ein offizielles Register oder eine formale Statistik gefunden haben. Die Nicht-Existenz paramilitärischer Gruppen zu produzieren, geht mit absurden Praktiken einher: Dieselben staatlichen Institutionen, die die paramilitärischen Gruppen in der Serranía de Abibe dulden oder im schlimmsten Fall

mit ihnen zusammen arbeiten, leugnen nicht nur öffentlich deren Existenz, sondern weigern sich deren Präsenz zu registrieren. Anschließend machen sie offizielle Untersuchungen und verfassen Berichte, in denen sie feststellen, dass keine ihrer Behörden, tote Paramilitärs registriert habe und kommen zu dem Ergebnis, dass es keine toten Paramilitärs gegeben habe und die Friedensgemeinde folglich lüge. Die zynische und ‚magische Macht‘ staatlicher Bürokratie geht hier soweit, dass staatliche Institutionen, die die Nicht-Existenz paramilitärischer Gruppen produzieren, die Friedensgemeinde beschuldigen, genau die paramilitärischen Gruppen selbst zu erfinden, von denen sie angegriffen wird. Der staatlichen Repräsentation der sozialen Realität in Form offizieller Register und formalen Statistiken, wird nicht zuletzt auf Grund eines latent wirkenden ‚Staatsfetischismus‘ (Taussig 1992) mehr Glaubwürdigkeit in der (inter-)nationalen Öffentlichkeit geschenkt, als den alltäglichen, körperlichen und sinnlichen Erfahrungen der Bewohner_innen dieser Konfliktregion.

Warum García Marquez, in dem Eingangszitat zu diesem Kapitel aufgeführt, das Unwahrscheinliche als das Maß der kolumbianischen Wirklichkeit bezeichnet, zeigt sich an dieser Episode beispielhaft. Dass die Bewohner_innen der Friedensgemeinde sich in den Begegnungen mit den verschiedenen Institutionen des kolumbianischen Staates ein Gespür für eine humane Ethik erhalten haben und diese in eine Praxis überführen, von der selbst Personen profitieren, von denen sie verfolgt wurden, ist so unwahrscheinlich wie dieser von ihnen beschriebene staatliche Irrsinn an sich:

Unser Fundament ist vor allem anderen der Respekt vor dem Leben aller Menschen. Das steht über allen Dingen auf dieser Erde. Einer der Dinge, für die wir kämpfen, ist die Würde der Menschen zu verteidigen. Wir glauben, die ist heilig. Deshalb glauben wir nicht an die Waffen, und nicht an die, die sie benutzen. Denn Waffen wurden gemacht, um zu töten und nicht um das Leben zu verteidigen. Deshalb glauben wir an keine dieser Armeen, denn die Armee ist nicht dazu da, die Leute zu verteidigen, sondern sie zu töten. Dieser Respekt hat eine universelle Gültigkeit. Das haben wir ja nicht erfunden, wir haben diese Regeln nicht aufgestellt, weil wir gerade Lust dazu gehabt haben. Wir glauben, dass es auf dieser Welt möglich ist, auf eine andere Art zu leben, nicht wie in diesem globalen System, dieser Welt der Kriege und ökonomischen Unterdrückung. (J.E., 31.03.2008, San José de Apartadó)

Diese letzte, dieses Unterkapitel abschließend, beschriebene Begegnung und die darin sichtbar werdende Haltung steht exemplarisch für die Ethik, in der sich die Friedensgemeinde und ihre Bewohner_innen mit ihrem Umfeld, seien es andere Bäuer_innen der Serranía de Abibe, bewaffnete Akteure diverser Zugehörigkeit, staatliche Institutionen oder (inter-)nationale Organisationen, in Verbindung setzt. Diese spezifische Form des ‚Sich-In-Beziehung-Setzens‘, diese praktische Solidarität, unterläuft die soziale Lebenswelt bewaffneter Akteure, deren binäres Freund-Feind-Denken und die daraus resultierenden destruktiven Gewaltpraktiken. In der Abgrenzung zur symbolischen Ordnung der bewaffneten Akteure konstruiert die Friedensgemeinde ihre kollektive Identität. Sie unterläuft die Produktion einer sozialen Realität, die auf illegalen Praktiken basiert und den privaten Interessen eines ‚klientelisierten Staates‘ folgt. Während die Ethik staatlicher Institutionen und bewaffneter Gruppen das Zusammenleben in der

Serranía de Abibe dehumanisiert, rehumanisiert die Ethik und Praxis der Friedensgemeinde dieses Zusammenleben zumindest wieder ein Stück weit.

4.3. Theoretische Synopse: Paradoxe Begegnungen in der ‚Kontakt-Zone‘

Das Ziel dieses Kapitels war es, in einer ‚Ethnographie der Begegnungen‘ eine Auswahl der alltäglichen und sich wiederholenden Kontakte zwischen den staatlichen Institutionen und den Mitgliedern der Friedensgemeinde in der Konfliktregion Urabá dicht und lebendig zu beschreiben. Im Kapitel 4.1 habe ich die Kontaktmomente in den Fokus der Aufmerksamkeit gestellt, im Zuge derer staatliche Institutionen die Begegnung mit der Friedensgemeinde suchen und gestalten. Sowohl die Kontexte als auch die beteiligten staatlichen Institutionen, die der Friedensgemeinde begegnen, sind äußerst divers. Dazu zählten das Militär und deren Soldat_innen in Gefechtssituationen oder während Patrouillen und Checkpoints; Polizeieinheiten und staatliche Menschenrechtsstellen in Bedrohungssituationen; unterschiedliche Institutionen und Funktionär_innen des kolumbianischen Justiz- und Gefängnisystems; staatliche Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramme, staatliche Sozial- und Wohlfahrtsprojekte sowie staatliche Wiedergutmachungs- und Entschädigungsmaßnahmen und die jeweils darin arbeitenden Funktionär_innen. Im Kapitel 4.2 habe ich die Kontaktmomente beschrieben, in denen Mitglieder der Friedensgemeinde die Begegnung mit staatlichen Institutionen suchen und gestalten. Auch diese Kontexte sind äußerst divers und reichen von Begegnungen mit dem Militär während ‚humanitärer Kommissionen‘, aber auch während Gefechten und Patrouillen; über Begegnungen mit Institutionen des Justizsystems und der Regierung durch Petitionsrechte und Urteile des Verfassungsgerichtes; bis hin zu indirekten Begegnungen durch ein internationales Solidaritätsnetz und deren ‚zivile Diplomatie‘. In diesen Begegnungen legen die Mitglieder der Friedensgemeinde eine Haltung an den Tag, die mit der dominanten Logik und Ethik zwischenmenschlicher Begegnungen in Konfliktregionen bricht. Ich werde in dieser Synopse abschließend analysieren und diskutieren, inwiefern sich staatliche Institutionen und Gemeindemitglieder in diesen Begegnungen konstituieren; wie sie Bilder und Vorstellungen von sich selbst und dem anderen produzieren; auf welche Art und Weise sowie mit welchen Praktiken und Strategien sie sich begegnen; welche Konsequenzen, Effekte und Folgen diese Begegnungen verursachen und wie diese Begegnungen unterschiedliche soziale Lebenswelten in dieser Konfliktregion (re-)produzieren.

Die Räume, Situationen und Kontexte der hier beschriebenen Begegnungen verstehe ich als ‚Kontakt-Zonen‘, einem Konzept, das von der Literaturwissenschaftlerin Pratt eingeführt wurde und die damit „social spaces“ bezeichnet „where disparate cultures meet, clash, and grapple with each other, often in highly asymmetrical relations of domination and subordination – like colonialism, slavery or their aftermaths as they are lived across the globe today“ (Pratt 1992, 4). Pratt hat dieses Konzept anhand von historischen Schriften und kolonialer Reiseliteratur entwickelt (Pratt 1991; 1992). So analysierte sie u.a. einen 1.200 Seiten langen Brief von Felipe Guaman Poma de Ayala, einem indigenen Andenbewohner auf dem Gebiet des heutigen Perus, an König Philipp III von Spanien aus dem Jahr 1613, der seinen Empfänger tragischerweise nie erreichen